

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

über die Sechste Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE
vom 5. bis 8. Juli 1997 in Warschau

Inhalt

- I. Teilnehmer
- II. Ständiger Ausschuß
- III. Eröffnungssitzung
- IV. OSZE-Diskussionsrunde und Seminar
- V. Verleihung des „OSZE-Preises für Journalismus und Demokratie“
- VI. Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit
- VII. Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt
- VIII. Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen
- IX. Treffen der Parlamentarierinnen
- X. Plenarsitzungen
- XI. Wahl des Präsidiums
- XII. Anhang
(Erklärung von Warschau, Resolution zum Konflikt in Abchasien, Georgien; Liste der Funktionsträger)

I. Teilnehmer

Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Delegation zur Sechsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nach Warschau:

Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU/CSU), Leiterin der Delegation

Abg. Freimut Duve (SPD)

Abg. Katrin Fuchs (Verl) (SPD)

Abg. Walter Kolbow (SPD)

Abg. Ronald Pofalla (CDU/CSU)

Abg. Hans Raidel (CDU/CSU)

Abg. Helmut Rauber (CDU/CSU)

Abg. Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU)

Abg. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)

*Abg. Willy Wimmer (Neuss) (CDU/CSU),
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung*

Abg. Dr. Christoph Zöpel (SPD)

Bei der Sechsten Jahrestagung der Versammlung waren Parlamentarier aus allen OSZE-Teilnehmerstaaten mit Ausnahme der von der Teilnahme suspendierten Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Albaniens, Kirgistans und Turkmenistans vertreten. Eine Parlamentarierdelegation aus Japan hatte in Warschau Beobachterstatus. Darüber hinaus nahmen Delegationen aus Ägypten und Israel als Partner der Zusammenarbeit aus dem Mittelmeerraum (Mediterranean Partners for Cooperation) an der Tagung teil, ebenso wie Vertreter des Europäischen Parlaments, der Interparlamentarischen Union, der Versammlung der Westeuropäischen Union, der Nordatlantischen Versammlung, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung des Rates der Schwarzmeer-Anrainerstaaten (Black Sea Economic Cooperation).

Mit dem amtierenden Vorsitzenden des OSZE-Ministerrates, dem dänischen Außenminister Niels Helveg Petersen, dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoep, dem neu ernannten Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Gérard Stoudmann, dem Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, W. G. Robinson, der Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina, Gret Haller, und OSZE-Generalsekretär Giancarlo Aragone waren in Warschau hochrangige Vertreter der OSZE-Exekutive anwesend.

Bei der Warschauer Konferenz handelte es sich um die zweite Jahrestagung der Parlamentarischen Ver-

sammlung der OSZE in einem mittel- und osteuropäischen Land. Dadurch konnte der Anspruch der OSZE, ein einheitlicher Sicherheitsraum von Vancouver bis Wladiwostok zu sein, deutlich unterstrichen und einem Land Tribut gezollt werden, das bezüglich der Implementation der OSZE-Verpflichtungen – der Thematik, die im Mittelpunkt der Sechsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE stand – bereits weit fortgeschritten ist. Dies wurde während der Konferenz eindrucksvoll bestätigt, als der zeitgleich tagende NATO-Gipfel Polen zusammen mit Ungarn und der Tschechischen Republik als erste Länder zu Verhandlungen über den Beitritt in die NATO einlud. NATO- und EU-Erweiterung waren denn auch ebenso wie die Beziehungen zu Rußland und der Ukraine und die Frage, was mit denjenigen Ländern geschehen soll, die in den jeweils ersten Aufnahmerunden nicht berücksichtigt werden können, Schwerpunkte in den Debatten der Plenarversammlung.

II. Ständiger Ausschuß

Der Ständige Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE tagte am 5. und 6. Juli 1997 in Warschau jeweils unter Leitung von **Präsident Javier Ruperez** (Spanien). Zu Beginn der Sitzung berichtete dieser über seine OSZE-bezogenen Aktivitäten während der letzten Wochen und Monate. Besondere Bedeutung maß er in diesem Zusammenhang seinen Besuchen in der Türkei und der Russischen Föderation, seinem Engagement im Zusammenhang mit der Wahlbeobachtung in Albanien und seiner Teilnahme an den Treffen der OSZE-Troika bei. Insoweit betonte er, daß die Zusammenarbeit zwischen der exekutiven OSZE und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE immer enger werde. Auch im Hinblick auf die Kooperation mit den anderen internationalen Organisationen, die sich mit der Sicherheit in Europa befassen, sei man auf gutem Wege. Von einem Antagonismus könne keine Rede sein; vielmehr könnten sowohl der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina als auch die Wahlbeobachtung und überhaupt das Engagement in Albanien als Beispiele für eine gelungene Anwendung des Konzepts der sich wechselseitig ergänzenden und einander verstärkenden Institutionen gesehen werden.

Im Anschluß an die kurze Ansprache des Präsidenten stand der Bericht des **Generalsekretärs, Spencer Oliver**, über die Arbeit des internationalen Sekretariats der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf der Tagesordnung. Der Generalsekretär beschrieb kurz die wichtigsten Aktivitäten der Versammlung während des letzten Jahres, verwies aber ansonsten aus Zeitgründen auf seinen schriftlichen Bericht.

Sodann präsentierte der **Schatzmeister, Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), seinen Bericht über den Stand der Finanzen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Der Bericht der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 1995/96 – das sich bis zum September 1996 erstreckte – enthalte nicht ein einziges Wort der Kritik hinsichtlich des Finanzgebarens

des Sekretariats oder des Schatzmeisters, und man sei voll im Rahmen des Budgets geblieben. Dies gelte nach momentanem Stand der Dinge auch für das Haushaltsjahr 1996/97. Für das Budget des Haushaltsjahres 1997/98 schlage er eine geringfügige Erhöhung um 1,71 % auf 9 810 500 dänische Kronen vor. Der einzige Posten, der eine kräftige Ausweitung erfahre, sei das Praktikantenprogramm. Das sei aber gerechtfertigt, da dieses Programm sich seit seiner Einführung 1995 äußerst erfolgreich entwickelt habe. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses verabschiedeten den von Sir Peter Emery vorgelegten Haushaltsentwurf 1997/98 einstimmig.

Im Anschluß daran standen die Berichte über drei Missionen von OSZE-Parlamentariern auf der Tagesordnung. Es handelte sich insoweit um die im April 1996 unter Leitung von Präsident Ruperez durchgeführte Türkei-Mission, die vom polnischen Vizepräsidenten Wojciech Lamentowicz in seiner Eigenschaft als Sonderberichterstatter zu Georgien und Abchasien dieser Region abgestatteten Besuche sowie die vom deutschen Abgeordneten Prof. Gert Weisskirchen durchgeführte Mission in Belarus.

Der Bericht über die Türkei-Mission wurde von der niederländischen Abgeordneten **Guikje Roethof** präsentiert. Sie wies darauf hin, daß das türkische Parlament für die Delegation ein sehr umfangreiches und interessantes Programm mit vielen hochrangigen Gesprächspartnern zusammengestellt habe. Die Mitglieder der Delegationen hätten mit jedem sprechen können, mit dem sie sprechen wollten – so auch mit den vier nach wie vor inhaftierten (ehemaligen) Parlamentariern und Vertretern von Menschenrechtsgruppen. Im Vergleich zu der im Mai 1995 unter Leitung von Vizepräsident Willy Wimmer durchgeführten Türkei-Mission sei die Atmosphäre diesmal wesentlich entspannter gewesen. Die Gespräche hätten sich weniger auf die Kurdenfrage und das Terrorismusproblem konzentriert. Vielmehr habe ein breit angelegter Dialog über die Zugehörigkeit der Türkei zur Familie der europäischen Nationen und zu allgemeinen Sicherheitsfragen der Region stattgefunden. Insgesamt habe die Mission der Delegation ein wirklich gutes Bild von der Situation in der Türkei auch im Hinblick auf die Menschenrechte vermittelt und den Grundstein für die Fortführung eines konstruktiven Dialogs in dieser Hinsicht gelegt. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses überwiesen den Bericht zur weiteren und vertieften Erörterung an den Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

Vizepräsident **Wojciech Lamentowicz**, der aufgrund eines entsprechenden Begehrens des Präsidenten des georgischen Parlaments auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Januar 1997 zum Sonderberichterstatter für Abchasien benannt worden war, verwies in erster Linie auf seinen schriftlichen Bericht, der auf mehreren Besuchen in der Konfliktregion sowie auch in Rußland beruhe. Darüber hinausgehend hob er hervor, daß seines Erachtens ein verstärktes Engagement der internationalen Organisationen im Hinblick auf die Verhandlungen zwischen der georgischen Regierung und den abchasischen

Führern erforderlich sei, um die gegenwärtig die Situation kennzeichnende Frustration zu überwinden und zur Vertrauensbildung beizutragen. Beide Seiten des Konflikts schienen insbesondere an einer erweiterten Rolle der OSZE interessiert zu sein. Dies gelte auch für die Vereinten Nationen, die Ende Juli in Genf eine Abchasien-Konferenz durchzuführen beabsichtigten. Er wolle der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vorschlagen, diese Konferenz, an der neben den beiden Konfliktseiten als dritte internationale Gruppierung auch die „Freunde Georgiens“ teilnehmen sollten, zu unterstützen und eine Verlängerung des Mandats der von der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gestellten Friedenstruppe über den 31. Juli hinaus in Erwägung zu ziehen. Schließlich müßte die internationale Gemeinschaft, längerfristig gesehen, wirtschaftliche Anreize und Entwicklungsprogramme zur Verfügung stellen, um einen kontinuierlichen Normalisierungs- und Stabilisierungsprozeß zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Situation in Belarus stellte Präsident Ruperez eingangs heraus, daß eigentlich eine Fact finding-Mission unter Leitung der dänischen Vizepräsidentin Helle Degn geplant gewesen sei. Man habe aber den Eindruck gehabt, daß die Weißrussen diese Mission lediglich zu ihrem Vorteil nutzen und den Mitgliedern der Delegation nicht die Möglichkeit einräumen wollten, sich unabhängig und umfassend über die Situation in Belarus zu informieren. Darum habe man von der ursprünglich geplanten Mission Abstand genommen. Statt dessen sei lediglich ein informeller Besuch des deutschen Abgeordneten Prof. Weisskirchen – mit Unterstützung der deutschen Botschaft in Minsk – in Belarus erfolgt. Abgeordneter **Prof. Gert Weisskirchen** gab seine Eindrücke anschließend wie folgt wieder: Nach seiner Ansicht befinde sich Belarus in einem prekären Zustand. Präsident Lukaschenka habe einen Kurs der „Resowjetisierung“ eingeschlagen, und die Demokratie sei in Belarus äußerst gefährdet. Das zeige sich insbesondere im Hinblick auf die Freiheit der Medien, die Unabhängigkeit der Justiz und die Repräsentanz des Volkes im Parlament. In allen drei Bereichen werde Belarus zur Zeit demokratischen Standards nicht gerecht. Für ihn könne die Konsequenz seiner Beobachtungen vor Ort nur lauten, daß es gelte, die Politik der Anerkennung des „alten“, i. e. aus den Wahlen von 1995 hervorgegangenen Parlaments als der einzig legitimen Volksvertretung fortzuführen und auch in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE weiterhin Vertreter des „alten“ Parlaments – und nicht des von Präsident Lukaschenka eingesetzten – zu Wort kommen zu lassen. Darüber hinaus wolle er vorschlagen, einen weiteren Versuch zu unternehmen, eine Fact finding-Mission der Parlamentarischen Versammlung nach Belarus zu entsenden und die Zusammenarbeit mit der EU, die derzeit darum bemüht sei, einen Mediationsprozeß in Gang zu bringen, zu suchen. In der anschließenden Diskussion über den Bericht von Abgeordnetem Prof. Weisskirchen entbrannte eine heftige Diskussion darüber, ob es gerechtfertigt sei, die Mitgliedschaft des alten Parlaments von Belarus in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE weiter anzuerkennen. Der ungarische Vizepräsident **Andras Barsony** stellte

dies unter Hinweis darauf in Frage, daß das alte Parlament wohl nur noch „de iure“ existiere. Der deutsche Vizepräsident **Willy Wimmer** entgegnete hierauf, daß auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses in Wien am 16. und 17. Januar 1997 ein Credentials Committee, dem auch er angehört habe, sich davon überzeugt habe, daß das alte Parlament nach wie vor funktionsfähig sei. Daraufhin habe der Ständige Ausschuß beschlossen, weiterhin das alte Parlament anzuerkennen. Seither habe sich die Situation nicht so verändert, daß es gerechtfertigt wäre, die Entscheidung von Januar zu revidieren. Dies hielt er auch politisch für vollkommen verfehlt, da die Tatsache, daß es in Belarus nunmehr Gespräche gäbe, auch Ergebnis dessen sei, daß man Lukaschenkas Staatsstreich von seiten der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt habe. In dieselbe Richtung gingen die Beiträge von Vizepräsidentin **Helle Degn** sowie der Leiterin der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Bundestagspräsidentin **Prof. Dr. Rita Süsmuth**. Letztere mahnte, wenn man das von Präsident Lukaschenka ernannte Parlament als rechtmäßig anerkenne, legitimiere man auch all die durch ihn praktizierten Einschränkungen der demokratischen Rechte. Man dürfe sich nicht der normativen Kraft des Faktischen beugen, sondern solle weiterhin auf die Wiederherstellung des alten Zustands bzw. Neuwahlen dringen. Die Ergebnisse der Diskussion faßte abschließend **Präsident Ruperez** dahin gehend zusammen, daß zur Zeit kein Anlaß bestehe, die Entscheidung des Ständigen Ausschusses von Januar 1997 zu revidieren. Insoweit bleibe es bei der Anerkennung des „alten“ Parlaments von Belarus. Des weiteren wolle man einen erneuten Versuch unternehmen, eine Fact finding-Mission nach Belarus zu entsenden.

Sodann nahmen die Mitglieder des Ständigen Ausschusses die Einladung des russischen Parlamentspräsidenten Gennady Seleznev an, die Achte Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli 1999 in Moskau durchzuführen. Die Siebente Jahrestagung soll vom 7. bis 10. Juli 1998 in Kopenhagen stattfinden. Außerdem wurde festgelegt, daß die nächste Sitzung des erweiterten Präsidiums am 22. und 23. September 1997 in Taschkent, Usbekistan, und die nächste Sitzung des Präsidiums am Rande des Treffens der Außenminister der OSZE-Mitgliedstaaten im Dezember 1997 in Kopenhagen stattfinden soll. Der Ständige Ausschuß soll das nächste Mal Mitte Januar 1998 für zwei Tage in Wien zusammentreffen.

Anschließend berichtete der **Präsident**, daß zwei Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung eingereicht worden seien. Es handele sich insoweit um einen um einen Änderungsantrag zu Artikel 19 Abs. 1 der GO, demzufolge Änderungsanträge zu Resolutionsentwürfen vor Eröffnung der ersten Plenarsitzung schriftlich einzureichen sind und die Unterschrift von mindestens fünf Mitgliedern aus mindestens zwei OSZE-Ländern tragen müssen. Diese Regelung solle dahingehend erweitert werden, daß Änderungsanträge noch bis zum Mittag des zweiten Tages der Konferenz eingereicht werden könnten, wenn sie von mindestens zehn Mitgliedern aus mindestens vier OSZE-Ländern unterschrieben sind.

Der zweite Geschäftsordnungsänderungsantrag beziehe sich auf Artikel 11 Abs. 1 der GO, demzufolge die Parlamentarische Versammlung der OSZE einmal im Jahr während der ersten zehn Tage im Juli für höchstens fünf Tage zu einer ordentlichen Sitzungsperiode zusammentritt. Der Änderungsantrag sehe vor, daß diese Regelung zum Normalfall erklärt, gleichzeitig aber die Möglichkeit eröffnet wird, mit Zustimmung des Ständigen Ausschusses die Jahrestagung auch zu einem anderen Zeitpunkt in der Spanne von der zweiten Maiwoche bis zur zweiten Septemberwoche durchzuführen. Nachdem er die Geschäftsordnungsänderungsvorschläge vorgestellt hatte, setzte der Präsident – wie von Artikel 40 Abs. 2 der GO vorgesehen – einen Unterausschuß ein, der diese Vorschläge prüfen und dem Ständigen Ausschuß im Januar 1998 in Wien Empfehlungen hierzu vorlegen soll. Der Unterausschuß wird geleitet von Vizepräsident Andras Barsony (Ungarn); weitere Mitglieder sind: Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich), Björn Elmquist (Dänemark), Vizepräsident Steny Hoyer (USA) und die finnische Parlamentspräsidentin Riitta Uosukainen. Man war sich darüber einig, daß der Unterausschuß sowohl die beiden in Warschau vorgelegten Geschäftsordnungsänderungsanträge als auch darüber hinausgehend Vorschläge zu Änderungen der Geschäftsordnung prüfen soll, die ihm bis zum Jahresende von den nationalen Delegationen unterbreitet werden. Darüber hinaus setzte der Präsident eine Arbeitsgruppe des Ständigen Ausschusses ein, die ebenfalls bis zur nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses im Januar 1998 in Wien Vorschläge für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit denjenigen, die eine operative Rolle in der OSZE spielen, vorlegen soll. In dieser Arbeitsgruppe wird es u. a. um Vorschläge zur besseren Ausgestaltung von OSZE-Diskussionsrunde und Seminar und eine intensivere Einbeziehung der OSZE-Experten in die Ausschußarbeit gehen. Es müsse sichergestellt werden – so Bundestagspräsidentin **Prof. Dr. Rita Süßmuth** –, daß einerseits diejenigen, die operative Verantwortung in der OSZE tragen, den OSZE-Parlamentariern Rede und Antwort stehen und andererseits deren Impulse und Initiativen aufgreifen und in ihre Arbeit „vor Ort“ mit zurücknehmen. Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist Präsident Ruperez; weitere Mitglieder sind: Maarten van Traa (Niederlande), Otto Schoch (Schweiz) und die Präsidentin des Deutschen Bundestages, **Prof. Dr. Rita Süßmuth**.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Behandlung zusätzlicher Beratungsgegenstände“ beschloß der Ständige Ausschuß, einen von der schwedischen Delegation eingebrachten Resolutionsentwurf zur systematischen Vergewaltigung in bewaffneten Konflikten an den Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen und einen u. a. von Vizepräsident Lamentowicz eingebrachten sowie u. a. von Vizepräsident Wimmer unterstützten Resolutionsentwurf zum Konflikt in Abchasien, Georgien, direkt der Plenarversammlung zu überweisen. Der von Vizepräsidentin Degn eingebrachte und u. a. von dem deutschen Abgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen, **Freimut Duve**, unterstützte Reso-

lutionsentwurf zur Türkei scheiterte am „Konsens minus 1“-Prinzip, da sieben Delegierte die Dringlichkeit der Behandlung des Resolutionsentwurfes ablehnten.

Anschließend erneuerte der usbekische Parlamentspräsident, Vizepräsident **Erkin Khalilov**, die Einladung zu einer Sitzung des Erweiterten Präsidiums am 22. und 23. September 1997 in Taschkent mit einem anschließenden zweitägigen Seminar der Parlamentarischen Versammlung der OSZE über politische, wirtschaftliche, soziale und humanitäre Aspekte der Sicherheit in Zentralasien und im Kaukasus. Dieses Seminar geht auf eine Anregung von Vizepräsident Wimmer zurück und soll sowohl den usbekischen Gastgebern als auch der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Gelegenheit geben, sicherheitsspezifische Aspekte in Zentralasien und im Kaukasus zu diskutieren und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Region zu lenken.

Sodann stellte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der französische Abgeordnete **Jacques Floch**, sein Projekt einer „Parlamentarische(n) Konferenz über subregionale wirtschaftliche Prozesse: ein Beitrag zur neuen europäischen Sicherheitsarchitektur“ vor, die vom 8. bis 9. Oktober 1997 in Zusammenarbeit mit dem monegasischen Parlament und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (VN-ECE) in Monaco stattfinden soll. Sie dient dem Ziel, in einer Zeit revolutionärer Globalisierungstendenzen der Weltwirtschaft und nachlassender Steuerungsmöglichkeiten herkömmlicher Akteure den Beitrag auszuloten, den regional kooperative Lösungsansätze zur Sicherheit und Stabilität in Europa zu leisten vermögen.

Als letzter Punkt standen die Berichte diverser Wahlbeobachtungen auf der Tagesordnung. **Präsident Ruperez** wies darauf hin, daß die Parlamentarische Versammlung der OSZE auch im zurückliegenden Jahr ihr sehr aktives Engagement im Hinblick auf Wahlbeobachtungen fortgesetzt habe. Beginnend mit den wichtigen und schwierigen Wahlen in Bosnien und Herzegowina im September 1996 habe die Parlamentarische Versammlung in der Folgezeit Beobachter auch zu den Wahlen in Rumänien, dem früheren Jugoslawien, Kroatien, Bulgarien und Albanien entsandt. Dabei habe man die enge Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Nordatlantischen Versammlung erfolgreich fortgesetzt. Das gleiche gelte auch für die Koordination mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Nachdem eine Teilnehmerin an der Wahlbeobachtung in Albanien einen kurzen mündlichen Bericht hierüber vorgetragen hatte, nahmen die Mitglieder des Ständigen Ausschusses abschließend die Gesamtheit der Berichte über die Wahlbeobachtungen zustimmend zur Kenntnis.

III. Eröffnungssitzung

In der Eröffnungssitzung, die am Vormittag des 5. Juli 1997 im Sejm in Warschau stattfand, sprachen der

Präsident der Parlamentarischen Versammlung des OSZE, **Javier Ruperez**, der Marschall des polnischen Sejm, **Jozef Zych**, und der polnische Präsident **Aleksander Kwasniewski**.

In seiner Eröffnungsansprache dankte der **Präsident der Versammlung** den polnischen Gastgebern für den herzlichen Empfang und die ausgezeichnete Organisation der Jahrestagung in Warschau. Polen stelle ein ausgezeichnetes Beispiel für einen gelungenen politischen Übergang dar, und die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen habe auf exemplarische Weise zur Entwicklung der Demokratie und dem Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten beigetragen. Der Präsident strich heraus, daß zur weiteren Festigung und Förderung der Demokratie in allen OSZE-Mitgliedstaaten gemeinsame Anstrengungen der Regierungen und Parlamente erforderlich seien. Insoweit begrüße er die Zusammenarbeit zwischen exekutiven und legislativen Kräften auf nationaler Ebene wie auch insbesondere im Rahmen der OSZE. Das gleiche gelte für die Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen und Institutionen, die sich mit der europäischen Sicherheit befaßten. Seiner Ansicht nach sei die OSZE die einzige Organisation, die dazu in der Lage sei, alle diese Akteure auf einer Basis der Gleichberechtigung zusammenzuführen. Wenn man auch noch nicht genau wisse, welche institutionelle Form die europäische Sicherheit in der Zukunft annehmen werde, so stehe zumindest fest, daß sie sich auf die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Respekt der existierenden Institutionen stützen müsse. Abschließend benannte der Präsident die drei Ziele, deren Erreichung er in seiner Präsidentschaft schwerpunktmäßig anstrebe: nämlich die Stärkung der Rolle der OSZE als einer internationalen Institution, die für präventive Diplomatie und die friedliche Beilegung von Konflikten im Rahmen kooperativer Sicherheit besonders geeignet sei; die weitere Förderung und Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten im gesamten OSZE-Raum; und die Stärkung der Rolle der Parlamentarischen Versammlung in der OSZE – letzteres, um den Parlamentariern und Regierungen ein Diskussions- und Dialogforum zur Verfügung zu stellen, welches auch als Bindeglied zwischen der jeweiligen politischen Führung der OSZE-Mitgliedsländer und dem Volk dienen und so zu einem besseren wechselseitigen Verständnis beitragen könne.

Im Anschluß an die Eröffnung der Jahrestagung durch den Präsidenten der Versammlung hieß der **Marschall des polnischen Sejm, Josef Zych**, die Konferenzteilnehmer in der polnischen Hauptstadt Warschau herzlich willkommen. In seiner Ansprache hob er hervor, daß Polen auf eine mehr als 500jährige Geschichte des Parlamentarismus zurückblicken könne. Auch wenn das Land im Laufe seiner wechselvollen Geschichte mehrfach seine Souveränität verloren habe, habe sich der Sejm immer wieder als Garant von Demokratie, Frieden und Freiheit bewährt. Auch und gerade in schwierigen Momenten könnten Parlamente stabilisierend wirken, weshalb auch den interparlamentarischen Versammlungen eine hohe Bedeutung zukomme. Sie seien Ausdruck des Willens zur Zusammenarbeit und des Bekenntnisses zu

einem demokratischen Miteinander, welches insbesondere auch eine Streitbeilegung ohne Gewaltanwendung umfasse. In einer Welt, die immer kleiner und verwobener werde, stelle sich auch das Sicherheitsgefüge als immer komplexer dar. Vor diesem Hintergrund könne es als einzig echte Sicherheit lediglich eine kollektive Sicherheit geben. Diese zu garantieren, seien alle europäischen Institutionen, insbesondere aber NATO und OSZE, aufgerufen. Die beiden genannten Sicherheitsorganisationen dürften nicht in Konkurrenz zueinander gesehen werden. Sie seien vielmehr komplementär und garantierten – ebenso wie die feste Verankerung der parlamentarischen Demokratie in den einzelnen Ländern – Freiheit, Frieden und Sicherheit im gesamten OSZE-Raum.

Der **polnische Präsident Aleksander Kwasniewski** würdigte die Rolle der OSZE im Hinblick auf Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Abrüstung. Der Beitrag, den die OSZE zur Etablierung demokratischer Standards in ihren Mitgliedsländern und auch zur Begründung und demokratischen Ausgestaltung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten geleistet habe, könne und dürfe nicht unterschätzt werden. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die KSZE-Schlußakte von Helsinki – als es noch darum gegangen sei, überhaupt ein Forum für den politischen Dialog zwischen Ost und West und für das Setzen von Normen für das zivilisierte Verhalten der Staaten untereinander zur Verfügung zu stellen – und das, was die KSZE bzw. OSZE seitdem erreicht hat. Mit Sicherheit habe sie auch zu der friedlichen Revolution der Jahre 1989/90 beigetragen, was ihn heute mit großer Dankbarkeit erfülle. Vor diesem Hintergrund wolle Polen während seiner OSZE-Präsidentschaft im Jahre 1998 alles in seiner Macht Stehende tun, um in den Regionen, in denen zur Zeit noch Krisen und Konflikte vorherrschen, einen dauerhaften und stabilen Frieden zu schaffen. Polen wolle sich als verantwortungsbewußter Partner für den Aufbau einer solidarischen Sicherheitsarchitektur, die die Interessen aller Beteiligten und Betroffenen berücksichtigt, einsetzen. In dieser Hinsicht seien jedoch alle in Europa tätigen Sicherheitsorganisationen und anderen Organisationen gefragt. Dies gelte gleichermaßen für NATO, OSZE, EU, WEU und Europarat. Sie alle müßten unter der Vermeidung von Doppelarbeit und unter Ausnutzung ihrer jeweils spezifischen Kompetenzen eine effiziente Kooperation praktizieren. Sein Land wolle Mitglied sowohl der NATO als auch der Europäischen Union werden – ein Bestreben, das nicht nur von allen politischen Kräften, sondern auch der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werde. NATO und OSZE dürften aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Besondere an der OSZE sei, daß sie die Staaten Nordamerikas, West-, Mittel- und Osteuropas mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion an einem Tisch zusammenbringe. Dieses biete Möglichkeiten, die in Zukunft noch stärker genutzt und ausgebaut werden müßten und die auch die NATO-Osterweiterung nicht ersetzen könne.

Der amtierende Vorsitzende der OSZE, der dänische Außenminister **Niels Helveg Petersen** wies darauf

hin, daß die Parlamentarische Versammlung der OSZE für jeden Anhänger der parlamentarischen Demokratie eine natürliche und unverzichtbare Komponente der OSZE darstellen müsse. Denn jedes Mitglied der Versammlung leite sein Mandat von dem Volk eines der Mitgliedstaaten ab. Umgekehrt nehme es an einem nationalen politischen Prozeß teil, welcher die politische Landschaft, in der die OSZE sich bewege, gestalte. Aus diesem Grunde stelle die Parlamentarische Versammlung ein wichtiges Bindeglied zwischen der OSZE und den Parlamenten und den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten dar. Die Empfehlungen der Versammlung dienten als Quelle vielfältiger Inspiration für die anderen OSZE-Institutionen. Von gleicher Wichtigkeit sei es aber, daß die Versammlung zu jeder Zeit gut und umfassend über die Aktivitäten dieser anderen OSZE-Institutionen informiert sei. Die Beziehungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung und der exekutiven OSZE müßten sich daher auf eine effektive Kommunikation in beide Richtungen gründen; und er werde sich als amtierender Vorsitzender der OSZE für eine weitere Verbesserung dieser Kommunikation einsetzen. Anschließend zog der amtierende Vorsitzende eine Bilanz der ersten sechs Monate des dänischen OSZE-Vorsitzes und ergänzte diese um einen Ausblick auf die Herausforderungen, denen sich die OSZE in den nächsten Monaten zu stellen haben werde. Ursprünglich – so führte er aus – habe die KSZE in erster Linie ein Forum für den Dialog zwischen Ost und West dargestellt mit dem Ziel, unter Erhaltung des Friedens Veränderungen herbeizuführen. Heute liege die Aufgabe darin, in einer Zeit umwälzender Veränderungen Frieden und Stabilität zu gewährleisten – durch Konfliktprävention, die friedliche Lösung von Konflikten und Unterstützung beim Aufbau der Demokratie. Die erste Hälfte des Jahres 1997 habe hierzu reichlich Gelegenheit gegeben – so in Tschetschenien, Nagorny Karabach, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Moldowa und Tschadshikistan. Ausführlich ging der amtierende Vorsitzende auf die Krise in Albanien ein. Er zeichnete die Entwicklung in diesem Land seit dem Ausbruch der Unruhen mit dem Zusammenbruch der betrügerischen Anlagegesellschaften nach und beschrieb das nachfolgende Engagement der internationalen Gemeinschaft, darunter der OSZE. Nach den Wahlen, die zwar alles andere als perfekt, aber doch immerhin „angemessen und annehmbar“ gewesen seien, gehe es in Albanien nunmehr um den Wiederaufbau der Zivilgesellschaft, zu dem die OSZE einen wichtigen Beitrag leisten könne. Im weiteren äußerte sich der amtierende Vorsitzende zu der Situation in Bosnien und Herzegowina. Die dort am 13. und 14. September 1997 stattfindenden Kommunalwahlen seien von großer Bedeutung für den Aufbau einer Zivilgesellschaft und den gesamten Friedensprozeß. Die technischen Vorbereitungen für diese Wahlen liefen zwar gut. Das politische Klima gebe aber noch immer Grund zur Besorgnis. Es herrsche eine Atmosphäre von Unsicherheit und Mißtrauen, die sich zugunsten der ethnisch dominierten politischen Parteien auswirke. Insoweit wolle er an alle, einschließlich der anwesenden Delegation des Parlamentes von Bosnien und Herzegowina, appellieren, an der Überwindung dieser negativen Atmo-

sphäre mitzuwirken. Anschließend sprach der amtierende Vorsitzende über die Situation in Belarus, der Bundesrepublik Jugoslawien sowie in der Türkei. Für alle drei Staaten konstatierte er Defizite im Hinblick auf die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen und skizzierte, welche Rolle die OSZE spielt bzw. in der Zukunft spielen könnte, um diese Länder bei der Rückkehr zu bzw. beim Aufbau von wirklich demokratischen Strukturen und im Hinblick auf die Verbesserung ihrer Menschenrechtssituation zu unterstützen. In Belarus hätte die Regierung gerade der Einrichtung eines OSZE-Büros in Minsk grundsätzlich zugestimmt, wobei dessen Mandat in der Beratung und Unterstützung im Hinblick auf die Entwicklung des demokratischen Prozesses und die Einhaltung anderer OSZE-Verpflichtungen liegen werde. Für die OSZE stelle die Einhaltung ihrer Prinzipien und Verpflichtungen ein Herzstück dar, ohne das es keine Stabilität und keinen Fortschritt geben könne. Zwar könne sie Staaten oder Regierungen nicht zwingen, ihre Verpflichtungen einzuhalten; sie könne aber Verstöße ansprechen und publik machen sowie in schwierigen Situationen bei der Problemlösung behilflich sein. In einer Zeit stetigen und raschen Wandels gebe es insoweit ständig neue Herausforderungen und neue Aufgaben. Dies aber koste Geld, das in Zeiten enger nationaler Budgets immer schwieriger zu erhalten sei. Er sei jedoch der Ansicht, daß es sich lohne, der OSZE genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, da die Kosten präventiver Diplomatie auf jeden Fall niedriger seien als die friedenserhaltender bzw. -schaffender Einsätze und des Wiederaufbaus. Abschließend ging der amtierende Vorsitzende auf das Projekt der OSZE, ein „gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa für das 21. Jahrhundert“ zu entwickeln, ein. Ziel dieses Projektes sei es, die OSZE als wichtigen Bestandteil der zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur zu etablieren und engere und sich wechselseitig verstärkende Verbindungen zwischen der OSZE und anderen Sicherheitsorganisationen im Rahmen einer „Plattform für kooperative Sicherheit“ zu schaffen. Diese Plattform sollte nach seiner Überzeugung auch eine parlamentarische Dimension haben. Das Netzwerk, das durch die wachsende Zusammenarbeit zwischen parlamentarischen Versammlungen entstanden sei, trage wesentlich zur internationalen Verständigung, der Verbreitung demokratischer Werte und der Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen – und damit zu Frieden und Stabilität – in Europa bei.

In der anschließenden Fragerunde wurde eine breite Palette von Themen angesprochen – von den Wahlen in Albanien und der Situation in der Serbischen Republik über die Thematik der NATO-Osterweiterung bis hin zu organisationsinternen Problemen wie der Finanzierung, der Entscheidungsregelung „Konsens minus 1“ und der Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung und dem OSZE-Ministerrat. Abgeordneter Prof. Gert Weisskirchen kam zurück auf die vom amtierenden Vorsitzenden angesprochene Gründung eines OSZE-Büros in Minsk. Er erkundigte sich danach, ob der amtierende Vorsitzende es für möglich halte, daß dieses Büro auch das Thema der Menschenrechte mit abdecke und dar-

über hinaus als Ansprechpartner für Nichtregierungsorganisationen und andere Gruppen der Zivilgesellschaft fungiere. Der amtierende Vorsitzende beantwortete die Frage dahin gehend, daß die Hauptaufgabe des Büros darin liegen werde, die weißrussischen Behörden im Hinblick auf den Aufbau demokratischer Strukturen und auf die Einhaltung der OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen zu beraten und zu unterstützen. Zu den OSZE-Verpflichtungen aber gehörten natürlich auch die Menschenrechte. Er würde es auch begrüßen, wenn das Büro Anlaufstelle und Ansprechpartner für Gruppierungen werde, die ihrerseits am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft mitarbeiten wollten.

IV. OSZE-Diskussionsrunde und Seminar

Im Anschluß an die Rede des amtierenden Vorsitzenden der OSZE fand eine OSZE-Diskussionsrunde mit Beiträgen von hochrangigen Vertretern der OSZE-Exekutive, nämlich OSZE-Generalsekretär **Giancarlo Aragona**, dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, **Max van der Stoel**, dem Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, **Gérard Stoudmann** sowie dem Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, **W. G. Robinson**, statt.

OSZE-Generalsekretär Aragona ging zunächst ausgiebig auf das Thema der Koordination zwischen den verschiedenen mit Sicherheitsfragen befaßten internationalen Organisationen ein. Als er vor einem Jahr sein Amt angetreten habe, sei der Gedanke der Zusammenarbeit zwar theoretisch anerkannt gewesen, aber noch ziemlich schlecht umgesetzt worden. Mittlerweile habe man hier einiges an Fortschritt erreicht, was sich insbesondere auch bei dem Einsatz in Albanien gezeigt habe. Dort sei ein enger Kontakt zwischen OSZE einerseits und EU, Europarat und der multinationalen Schutztruppe andererseits gepflegt worden. Das gleiche gelte für die Zusammenarbeit zwischen OSZE und Vereinten Nationen in Georgien. Aber nicht nur zwischen der OSZE auf der einen und anderen internationalen Organisationen auf der anderen Seite müßten Synergien geschaffen und genutzt werden. Dies gelte auch innerhalb der OSZE, wo eine umfassende wechselseitige Information und eine enge Kooperation zwischen den unterschiedlichen Institutionen gewährleistet werden müßten. Weiteres wichtiges Thema des OSZE-Generalsekretärs waren institutionelle und organisatorische Fragen. Insoweit berichtete er zum einen von seinen Bemühungen, gewisse Umgestaltungen im Sekretariat in Wien vorzunehmen, damit dieses noch effizienter arbeiten könne. Zum anderen äußerte er sich ausführlich zu der Problematik einer Finanzreform in der OSZE. Da die OSZE ohnehin extrem kostengünstig arbeite, solle man wenigstens die finanziellen Mittel für die automatische Umsetzung politischer Beschlüsse sicherstellen. Alle OSZE-Missionen würden zur Zeit aus einem Fonds bestritten, der sich lediglich aus freiwilligen Beiträgen der OSZE-Mitgliedstaaten speise. Dies müsse geändert werden, weil der Aufgabenumfang gerade auch der Missionen immer größer werde und in Zeiten knapper nationaler Budgets frei-

willige Beiträge nicht mehr in dem Maße eingehen, wie es für eine zufriedenstellende Erledigung aller der OSZE zugewiesenen Aufgaben erforderlich sei.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM), Max van der Stoel, nannte zunächst die Staaten, in denen er seit der letzten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung in Stockholm aktiv gewesen sei. Von diesen Missionen habe man häufig weder lesen können noch sonst etwas davon gehört. Dies sei darauf zurückzuführen, daß er eher „stille Diplomatie“ betreibe, die sich nach seiner Erfahrung im Endeffekt häufig als effektiver erweise als öffentliche Anprangerungen. Er arbeite aber auch deshalb jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit, weil er sich nicht als Menschenrechtsombudsmann, als Advokat der Minderheiten verstehe, sondern als ein Instrument der Konfliktverhütung und -lösung. Bei den elf Staaten, die er besucht habe, handele es sich nicht unbedingt um solche mit einer schlechten Menschenrechtsbilanz. Sie hätten aber alle Probleme mit interethnischen Konflikten. Vor diesem Hintergrund gehe es darum, die Wurzeln der Spannungen und Konflikte offenzulegen und zu beseitigen. Noch immer stelle ausufernder Nationalismus das größte Hindernis auf dem Weg zu einem friedlichen Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen in einem Land dar. Ein wirklich friedliches Europa sei auf Dauer nur möglich, wenn die ultranationalen Kräfte niedergedrückt würden. Hier hoffe er auf einen Beitrag der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Der im Mai 1997 neu ernannte Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), Gérard Stoudmann, wies darauf hin, daß er sein Amt zu einem Zeitpunkt übernommen habe, als gerade mit erster Priorität die Vorbereitung der Wahlen in Albanien auf der Tagesordnung stand. Diese habe er auch als einen ersten Testfall für eine bessere und effektivere Gestaltung der Arbeit des BDIMR gesehen. In Zeiten knapper Finanzmittel müßten die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden; nur so könne es einen entsprechenden Rückfluß geben. Insoweit habe er sich zum Ziel gesetzt, das professionelle Niveau des BDIMR anzuheben und die richtigen Prioritäten zu setzen. Diese lägen für ihn insbesondere in folgenden zwei Bereichen: erstens der Wahlbeobachtung und zweitens der Demokratieförderung. An letzteren Bereich sei man in der Vergangenheit sehr theoretisch herangegangen, indem man eine Vielzahl akademischer Seminare veranstaltet habe. Er wolle statt dessen einen „hands-on approach“ wählen und sich stärker auf konkrete Aktionen und Projekte für konkrete Zielgruppen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Staaten konzentrieren. Aufbau und Konsolidierung wirklich demokratischer Zivilgesellschaften könnten nur gelingen, wenn man nicht auf einer Ad hoc-Basis arbeite, sondern geplant und strukturiert vorgehe, wobei insoweit auch die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen, mit Nichtregierungsorganisationen und den anderen Institutionen innerhalb der OSZE gesucht werden müsse. Hier gebe es noch viel Bedarf für eine bessere

bessere Koordination und einen besseren Informationsaustausch.

Der **Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, W. G. Robinson**, unterrichtete in der OSZE-Diskussionsrunde die versammelten Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die Situation in Bosnien und Herzegowina im allgemeinen sowie im Hinblick auf die Kommunalwahlen am 13. und 14. September 1997 im besonderen sowie über die jüngsten Entwicklungen und die Situation in der Serbischen Republik.

V. Verleihung des „OSZE-Preises für Journalismus und Demokratie“

Einleitend verwies der **Präsident** der Parlamentarischen Versammlung der OSZE darauf, daß der „OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie“ im Rahmen der Fünften Jahrestagung der Versammlung im letzten Jahr in Stockholm erstmalig verliehen worden sei, und zwar an den polnischen Journalisten und Schriftsteller Adam Michnik. Gedanke dieses Preises, der auf eine Initiative des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen und insbesondere seines Vorsitzenden, Abgeordneten **Freimut Duve**, zurückgehe, sei es, Organisationen oder Einzelpersonen auszuzeichnen, die sich in besonderer Weise für die Meinungs- und Medienfreiheit eingesetzt haben. Die Medienfreiheit stelle auch die Grundlage für die Anerkennung und den Schutz der Menschenrechte dar und könne insoweit gar nicht hoch genug geschätzt werden. Nach sorgfältiger Überlegung habe man beschlossen, den Preis in diesem Jahr an eine Organisation zu verleihen, die sich um das Schicksal vieler Journalisten und ihrer Familien kümmere, die in ihren Ländern drangsaliert werden – „Reporter ohne Grenzen“. Die Gründe im einzelnen darzulegen, wolle er jedoch lieber dem Initiator des Preises und Vorsitzenden des Auswahl Ausschusses, Abgeordnetem **Freimut Duve**, überlassen.

Zu Beginn seiner Ansprache zitierte Abgeordneter **Freimut Duve** Artikel 11 der Erklärung der Menschenrechte der Französischen Revolution von 1789. Dort heiße es, die Gedanken- und Meinungsfreiheit sei eines der kostbarsten Menschenrechte. Deshalb solle jeder Bürger frei sprechen, schreiben und drucken können unter Vorbehalt der Verantwortlichkeit für den Mißbrauch dieser Freiheit in den durch das Gesetz bestimmten Fällen. In dieser französischen und aufklärerischen Tradition stünden die Leistungen der Organisation „Reporter ohne Grenzen“, die mit dem diesjährigen OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie geehrt werden sollten. „Reporter ohne Grenzen“ rufe denn auch die Erinnerung wach an das traurige Schicksal, das dem eben zitierten Artikel zur Meinungsfreiheit beschieden gewesen sei, wurde doch die Menschenrechtsdeklaration bereits am 4. September 1797 wieder annulliert. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und das unbehinderte Arbeiten freier Autoren und Journalisten habe durch einen großen revolutionären Text nicht sichergestellt werden können. Vielmehr sei die journalistische Freiheit in den vergangenen zwei Jahr-

hundertern ein dramatischer politischer Prozeß gewesen und werde es bleiben. Anschließend ging Abgeordneter **Duve** auf die Geschichte der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ ein. Diese sei im Sommer 1985, also vor 12 Jahren, von Robert Ménard, Journalist bei Radio France Hérault, gegründet worden. Dieser habe damals auf die immer häufiger geäußerte Kritik reagieren wollen, daß Journalisten sich der großen Tragödien für nur sehr kurze Zeit bemächtigten, sich dann aber von den tiefwirkenden, andauernden Katastrophen entfernten, so daß schon nach wenigen Monaten darüber nicht mehr berichtet werde. Im Jahr des Mauerfalls, 1989, habe „Reporter ohne Grenzen“ begonnen, sich mehr und mehr auf die Dramen zu konzentrieren, die bis dahin nur wenige kleinere Organisationen und natürlich auch Amnesty International beschäftigt hätten: das Schicksal vieler Journalisten und ihrer Familien, die in ihren Ländern drangsaliert, beim Arbeiten behindert, von der Staatsgewalt bedroht, durch nicht legale Strafverfahren und selbst durch Mord zum Schweigen gebracht würden. Heute habe die Organisation Zweige in zwanzig Ländern, und in aller Welt gebe es 120 Korrespondenten, die die Zentrale auf wichtige Fälle aufmerksam machten. Weltweit unterzögen sie die Tagesmedien einer intensiven Recherche und suchten Hinweise auf Einzelfälle von Verfolgungen. Sie engagierten sich auch für materiell in Bedrängnis geratene Medien in armen Ländern und darüber hinaus in der persönlichen Hilfe für die Opfer – auch für die Hinterbliebenen von getöteten oder auf lange Zeit eingekerkerten Journalisten. Freiheit und Verantwortung der Journalisten seien ein zentrales Anliegen gerade auch der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Die bittere Erfahrung unseres Jahrhunderts hätte der OSZE als Familie von Demokratien zwei zentrale Lehren für das nächste Jahrhundert auf den Weg gegeben. Mit beiden befasste sich „Reporter ohne Grenzen“. Die erste Lehre bestehe darin, daß es ohne freien Journalismus keine Demokratie gebe. Ohne freien Journalismus erstarre jedes Land in der lähmenden Reformunfähigkeit, die ihrerseits wiederum in die tödliche Sackgasse der Herrschaft Weniger führe, die unter Fortschritt die eigene Alimentation verstünden und sich dann gegen die Bürgermehrheiten wappneten, die ohne freien Journalismus kein Instrument für ihre Proteste hätten. Aber die neunziger Jahre hätten – ebenso wie die dreißiger Jahre – eine zweite Lehre über die Rolle des Journalismus erteilt. Ohne publizistische Verantwortungsethik gebe es auch keinen Frieden – keinen Frieden nach innen und keinen Frieden nach außen. Ursprung und Verlauf der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien zeigten, was es bedeute, wenn Medien zum Schüren von Haß gegen angeblich Andere eingesetzt würden. Diese Lehre gelte nicht nur für die politisch Verantwortlichen, sie gelte auch für die Journalisten selbst. Auch diese könnten auf Dauer die journalistische Freiheit nur bewahren, wenn sie ihren Beruf nicht mißbrauchen ließen gegen den inneren und äußeren Frieden.

Der Marschall des polnischen Senats **Adam Struzik**, richtete als nächster das Wort an die OSZE-Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Er begrüßte es, daß die Parlamentarische Versammlung der OSZE

sich für diejenigen einsetze, die sich ihrerseits für eine wahre und wahrhaftige Berichterstattung einsetzten. Die Bedeutung der Meinungsfreiheit könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Medien und die Journalisten trügen eine große Verantwortung für die Wahrheit sowie für Demokratie und Freiheit. In der Vergangenheit seien von denjenigen, die versucht hätten, durch wahrhaftige Berichterstattung die Welt zu verbessern, viele Opfer erbracht worden. „Reporter ohne Grenzen“ habe sich hier große Verdienste erworben, in dem sie Tragödien aufgedeckt, die Opfer und ihre Familien unterstützt und die Täter der Verfolgung zugeführt hätten. Da es aber nicht reiche, wenn einzelne Organisationen oder Individuen sich für den Schutz der Journalisten und Reporter einsetzten, rege er an, insoweit die Erarbeitung und Verabschiedung einer internationalen Konvention zu erwägen.

Im Anschluß an diese Worte ehrte der letztjährige Preisträger **Adam Michnik** den diesjährigen Preisträger und überreichte hierzu dem in Warschau anwesenden Präsidenten der Organisation, dem Spanier **Fernando Castello**, die Auszeichnung. **Fernando Castello** bedankte sich hierfür, auch im Namen des Gründers und heutigen Generalsekretärs der Organisation, **Robert Ménard**, der leider nicht selbst nach Warschau kommen können, ganz herzlich. „Reporter ohne Grenzen“ kämpfe weltweit für die Pressefreiheit. Dem lägen zwei Ideen zugrunde, nämlich zum einen, daß es keine Freiheit gebe ohne die Pressefreiheit und die Freiheit der Journalisten, die sich in ihren Dienst stellten, und zum anderen, daß Freiheit und Pressefreiheit weltweit zahlreiche Feinde, aber auch große Freunde hätten. Feinde der Pressefreiheit seien all diejenigen, die Zensur ausübten, Journalisten inhaftierten und mit Drohungen belegten. Freunde dagegen seien all diejenigen, die sich für die Presse- und Informationsfreiheit einsetzten und sie als grundlegendes Menschenrecht verteidigten. Leider aber seien die Feinde wesentlich zahlreicher als die Freunde. So werde in mehr als 100 Ländern die Pressefreiheit nach wie vor nicht respektiert. Der Fall der Mauer im Jahr 1989 habe sozusagen die Büchse der Pandora geöffnet. Auf den einen Kalten Krieg seien hunderte von kleinen heißen Kriegen gefolgt. Hierüber müsse berichtet werden, und man müsse auch nach Erklärungen suchen. Noch schlimmer aber sei, daß die Presse auch in Ländern verfolgt werde, in denen kein Krieg herrsche und die offiziell sogar als Demokratien gelten.

VI. Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit tagte am 6. und 7. Juli 1997 unter Vorsitz des britischen Abgeordneten **Bruce George**. Er befaßte sich bei seinen Beratungen eingehend mit dem vom ukrainischen Abgeordneten **Anton Buteiko** vorgelegten Bericht zum Thema „Durchführung der OSZE-Prinzipien – ein Eckpfeiler der gemeinsamen und umfassenden Sicherheit in Europa“. Dieser Bericht stellt die Bedeutung der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE als grundlegend für die

Organisation heraus. Daraus zieht er die Schlußfolgerung, daß für das internationale Gewicht der OSZE und ihren Einfluß auf politische Entwicklungen das Engagement ausschlaggebend sei, mit dem die von ihr verkündeten Prinzipien auch tatsächlich umgesetzt werden. Besondere Aufmerksamkeit gebühre dabei dem Spannungsverhältnis, in dem die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten einerseits und die Prinzipien der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen andererseits stünden. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Feststellung analysiert der Bericht die Situation und Entwicklungen in unterschiedlichen Teilen der OSZE-Region, insbesondere aber Verlauf und Konsequenzen des Auflösungsprozesses in der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien sowie des Zerfalls der ehemaligen UdSSR. Der Bericht zieht aus dieser Analyse die Lehre, daß es sich bei den Prinzipien der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen sowie dem Selbstbestimmungsrecht um untrennbar miteinander verknüpfte Begriffe handle, jedoch kein Prinzip einem anderen übergeordnet sei. Insbesondere dürfe auch das Konzept der Selbstbestimmung nicht mit Abspaltung gleichgesetzt werden. Vielmehr sei es ein Gebot unserer Zeit, territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen zu gewährleisten. Die Durchführung dieser Prinzipien dürfe aber nicht die Durchlässigkeit der Staatsgrenzen beeinträchtigen oder die grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit behindern. Darüber hinaus müsse sie einhergehen mit der umfassenden Demokratisierung der Binnenbeziehungen in den betroffenen Ländern und mit der Umsetzung aller Verpflichtungen in der menschlichen Dimension, insbesondere mit der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Unter diesen Voraussetzungen gebe es wesentlich weniger Anlaß zu Äußerungen von Nationalismus und Separatismus. In einem letzten Teil gibt der Bericht eine ganze Reihe von Anregungen zur Verbesserung der Implementierung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, angefangen von der Anpassung der OSZE-Normen und -Prinzipien an heutige Verhältnisse, ihrer Weiterentwicklung, Systematisierung und Kodifizierung über die Weiterentwicklung und Ausdehnung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen bis hin zur Forderung nach einer klaren Benennung von Verletzungen der Prinzipien und Verpflichtungen und der Frage von Zwangsmaßnahmen gegen Staaten, die OSZE-Verpflichtungen verletzen, sowie der Abkehr vom uneingeschränkten Konsensprinzip.

In der anschließenden Diskussion zum Bericht – sowie zu dem ebenfalls von dem Abgeordneten **Buteiko** erstellten Resolutionsentwurf – wurde immer wieder hervorgehoben, daß die OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen sehr gut und von großer Bedeutung für Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum seien. Sie müßten aber, ebenso wie alle völkerrechtlichen Verpflichtungen, auch tatsächlich eingehalten und umgesetzt werden. Hier seien jedoch nach wie vor große Defizite zu beklagen. Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts seien leider insbesondere in Kriegsgebieten immer noch an der Tagesordnung, was auch die Erfahrungen in Bosnien und Her-

zegowina leidvoll unterstrichen. Hier müsse – so ein niederländischer Abgeordneter – zumindest dafür gesorgt werden, daß diejenigen, die Kriegsverbrechen begangen hätten, auch tatsächlich vor Gericht gestellt würden, um sich dort für ihre Taten verantworten zu müssen. Es gehe nicht an, daß mutmaßliche Kriegsverbrecher wie der Serbe Karadzic weiterhin frei herumlaufen und sogar noch am täglichen politischen Leben teilhätten, ohne daß die internationale Staatengemeinschaft energisch einschreite. Durchgängig thematisiert wurde in der Debatte auch die Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Organisationen sowie mit internationalen und nationalen Nichtregierungsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft. Nur eine kohärente Zusammenarbeit aller könne einen optimalen Einsatz der der internationalen Staatengemeinschaft zur Verfügung stehenden Mittel gewährleisten. Dabei sollte sich die OSZE auf die Entwicklung und Förderung von Demokratie, repräsentativer Institutionen, der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie auf die präventive Diplomatie konzentrieren. In diesen Bereichen liege nämlich ihre besondere Stärke. Für militärische Einsätze dagegen fehle es ihr an Expertise und den entsprechenden Mitteln. Der deutsche Abgeordnete **Walter Kolbow** stellte im Hinblick auf die Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE und die große Bedeutung ihrer Implementierung die Verantwortung heraus, die Abgeordneten in diesem Zusammenhang zukomme. Sie seien es, die die Implementierungsproblematik in ihre nationalen Parlamente mit zurücknehmen müßten, um dann wiederum mit der Rückendeckung ihrer Parlamente international agieren zu können. Darum sei die gesamte deutsche Delegation dem Berichterstatter sehr dankbar für seine im letzten Teil des Berichts unterbreiteten Anregungen. Insbesondere unterstütze sie voll und ganz die Forderung nach einer klareren Sprache im Falle der Verletzung von OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Es bleibe jedoch die Frage, welche Sanktionen in einem solchen Fall möglich seien. Darüber hinaus sprach Abgeordneter Kolbow die Wahlen in Albanien sowie die Situation in Bosnien und Herzegowina an. Letztere gebe nach wie vor viel Anlaß zur Sorge. Gerade vor dem Hintergrund könne er es nicht akzeptieren, daß die internationale Verantwortung zum Teil nicht mit der erforderlichen Professionalität gehandhabt werde, so z. B. im Hinblick auf die Nachfolge des Hohen Repräsentanten. Abgeordneter **Ludger Volmer** benannte als die beiden sich zur Zeit vollziehenden Hauptprozesse der Bildung von Sicherheitsstrukturen in Europa zum einen die NATO-Osterweiterung und zum anderen den auf dem OSZE-Gipfel von Lissabon formulierten Anspruch, seitens der OSZE ein gesamteuropäisches Sicherheitsmodell zu entwickeln. Er stelle sich die Frage, wie diese beiden Prozesse zueinanderstünden, zumal die meisten mittel- und osteuropäischen Länder ihr Interesse an einem Beitritt zur NATO bekundet hätten. Seiner Überzeugung nach müßte auf jeden Fall mehr ziviles Personal für zivile Missionen rekrutiert werden, damit die OSZE mit noch größerer Effektivität in einzelne Konflikte eingreifen bzw. diese von vornherein verhindern könne. Insoweit wolle er den OSZE-Ministerrat und das Präsidium der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bit-

ten, über entsprechende diesbezügliche Maßnahmen nachzudenken. Abschließend erinnerte Abgeordneter Volmer an die Stockholmer Erklärung, die u. a. auch die Forderung enthalten habe, in der OSZE-Region nuklearwaffenfreie Zonen als notwendigen und wichtigen Bestandteil des neuen und umfassenden europäischen Sicherheitssystems zu schaffen. Nach der Ukraine hätten sich mittlerweile auch fünf zentralasiatische Länder zu atomwaffenfreien Zonen erklärt, was ihn sehr freue und Anlaß zu der Hoffnung gebe, daß dieser Prozeß noch eine weitere Verbreitung finden werde.

Der Abgeordnete Willy Wimmer lobte den Bericht, weil er auf offene Punkte aufmerksam mache sowie „Wunden aufzeige“. In der OSZE wie auch insbesondere im internationalen Rahmen allgemein gebe es eine immer größere Regeldichte, immer mehr Verträge, Vereinbarungen und Übereinkünfte, von denen aber in Wirklichkeit immer mehr abgewichen werde. Hieran trügen nicht Kräfte am Rande oder außerhalb des eigenen Vertragsgebietes die Schuld. Wenn es Probleme gebe, müßten sie sich diese vielmehr selbst anlasten, auch weil sie zu westeuropäisch geworden seien. Der dem dänischen Außenminister im Amt vorhergehende amtierende Vorsitzende der OSZE habe auf der letzten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung gesagt, daß 90 % der Aktivitäten der OSZE auf das ehemalige Jugoslawien konzentriert seien. Das müsse sich ändern. Insbesondere in Zentralasien und im Kaukasus – einer Region, die man bislang sträflich vernachlässigt habe – gebe es eine Vielzahl von Problemen, denen sich die OSZE widmen müsse. Wie bereits etliche Redner vor ihm, ging Abgeordneter Wimmer auch noch einmal auf das in dem Bericht angesprochene Spannungsverhältnis zwischen den Prinzipien der territorialen Integrität und nationalen Souveränität einerseits sowie dem Selbstbestimmungsrecht andererseits ein. Er forderte vor allem anderen eine Begriffserklärung, da man im Westen und in den Staaten, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen seien, diesbezüglich zum Teil ganz andere Vorstellungen habe. Einig wären sich die Mitglieder des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit jedoch darin, daß es keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und den Prinzipien der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen sowie der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität gebe. Ethnische Minderheiten stellten, wenn sie unterdrückt würden bzw. man ihnen Rechte vorenthalte und ihre ökonomische Lage schlecht sei, stets ein explosives Potential dar. Dies könnte jedoch durch eine strikte Beachtung und Einhaltung der Menschenrechte beträchtlich reduziert werden. Aufgabe der OSZE sei es, potentielle Konflikte frühzeitig zu erkennen und hierauf konsequent zu reagieren. Dabei hänge der Erfolg der OSZE davon ab, daß man sie als neutralen und objektiven Schiedsrichter und Vermittler anerkenne. Ein Vertreter der Russischen Föderation bemängelte, daß der Bericht keinerlei Aussage zu einer europäischen Sicherheitscharta enthalte. Gerade jetzt, nach dem Wegfall der Frontstellung zwischen Ost und West, werde eine solche Charta benötigt, um die Entstehung neuer Trennungslinien zu verhindern. In diesem Zusammen-

hang wolle er auch die Schaffung einer eigenen Rechtsgrundlage und Geschäftsordnung für die OSZE-Organisationen und -Institutionen vorschlagen. Ebenso müsse man sich Gedanken machen über Verfahrens- und Vorgehensweise im Falle der Nichteinhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Sanktionen, wie sie im Bericht vorgesehen seien, halte er allerdings nicht für opportun, da auch sie lediglich neue Trennlinien schafften. Ein weiterer Vertreter der Russischen Föderation verteidigte das „Konsens minus 1“-Prinzip, weil es das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten schütze. Es stehe auch nicht einer effizienten Arbeit der OSZE und ihrer Parlamentarischen Versammlung im Wege, da man über genügend Institutionen und Instrumente verfüge, die es nur zu nutzen gelte. Dem widersprach der britische Abgeordnete **Frank Cook** mit dem Hinweis darauf, daß Demokratie einerseits das Bemühen um Einigung beinhalte, andererseits aber auch Meinungsverschiedenheiten zulassen und akzeptieren müsse. Wenn sich Mitglieder der OSZE selbst außerhalb des Kreises der Familie der Demokratien stellten, sei dies ihr eigenes Problem. Die OSZE-Parlamentarier müßten jedenfalls die Mitglieder, die die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nicht einhielten, unter Druck setzen, um sie zu einem prinzipienkonformen Verhalten zu bewegen.

Im Anschluß an die Debatte befaßten sich die Ausschußmitglieder mit den 94 vorgelegten Änderungsanträgen zum Entschließungsentwurf des Berichterstatters, von denen der Ausschußvorsitzende 85 für zulässig erklärte. Dabei fand der überwiegende Teil der 13 von Mitgliedern der deutschen Delegation eingebrachten Änderungsanträge die Zustimmung der Mehrheit der Ausschußmitglieder. Abgeordnete **Katrin Fuchs** vertrat die von ihr initiierten Änderungsanträge, die den ursprünglichen Resolutionsentwurf in mehrfacher Hinsicht ergänzten, so z.B. um die Aufforderung an alle OSZE-Teilnehmerstaaten, ihre Bemühungen im Bereich der Abrüstung zu intensivieren und bei der Ausfuhr von Waffen und Rüstungsgütern darauf zu achten, daß Rüstungsexporte nicht zur Verschärfung von regionalen Konflikten beitragen. Weiterführend sollten ein Kodex für die Ausfuhr von Rüstungs- und sogenannten „dual-use“-Gütern erarbeitet und ein Rüstungsexportregister unter der Ägide der OSZE eingerichtet werden. Auf Initiative von Abgeordnetem Prof. **Gert Weisskirchen** wurde der Resolutionsentwurf um zwei Paragraphen ergänzt, denen zufolge der weißrussische Präsident Lukaschenka aufgefordert wird, das freigewählte Parlament seines Landes wieder in seine Rechte einzusetzen und dem OSZE-Büro in Minsk, dessen Einrichtung sein Außenminister prinzipiell zugestimmt hat, eine ungehinderte Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen und anderen Gruppen der zivilen Gesellschaft zu ermöglichen. Auf der Grundlage eines u. a. von Abgeordnetem **Ludger Volmer** für die grün-alternative Gruppe in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eingebrachten Änderungsantrags wurde der Resolutionsentwurf um die Aufforderung an alle OSZE-Mitgliedstaaten ergänzt, in konstruktiver und innovativer Weise die Arbeit an einem „gemeinsamen Sicher-

heitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert“ fortzusetzen, ihre nationale Sicherheitspolitik in den Rahmen dieses gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells ohne neue Trennungslinien zu stellen und das Forum für Sicherheitskooperation damit zu beauftragen, einen umfassenden Abrüstungsvertrag zu erarbeiten mit dem Ziel, in dem OSZE-Raum nuklearwaffenfreie Zonen als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem globalen Bann aller Nuklearwaffen zu errichten. Der von den Ausschußmitgliedern letztlich verabschiedete Entschließungstext, der verglichen mit dem Entwurf des Berichterstatters zahlreiche Ergänzungen und Änderungen erfahren hat, hat als Kapitel I. Eingang in die Erklärung von Warschau gefunden (siehe Anhang S. 48).

Am Ende der Sitzung bestätigten die Mitglieder des Ausschusses den bisherigen Vorsitzenden **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) für ein weiteres Jahr in seinem Amt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde der finnische Abgeordnete **Kimmo Kiljunen** wiedergewählt. Neuer Berichterstatter wurde der US-amerikanische Abgeordnete **Alcee Hastings**.

VII. Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Die Sitzungen des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt fanden am 6. und 7. Juli 1997 unter Vorsitz des Abg. **Jacques Floch** (Frankreich) statt.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Prof. Dr. **Rita Süßmuth**, stellte das von ihr initiierte Projekt einer „OSZE-Wirtschaftscharta“ vor. Sie führte aus, daß sich die Parlamentarische Versammlung durch den OSZE-Gipfel in Lissabon in ihrem Engagement für die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Dimension ermutigt fühlen könne. Möglicherweise würden die von dem Berichterstatter des Ausschusses, dem kanadischen Senator Kelly, konstatierten Implementierungsprobleme auch damit zusammenhängen, daß die Verpflichtungen im Wirtschaftsbereich in einer unüberschaubaren Vielzahl von Dokumenten verstreut seien. Dies sei überhaupt ein Aspekt gewesen, der mit ausschlaggebend für ihre Idee gewesen sei, eine „OSZE-Wirtschaftscharta“ zu erarbeiten.

Die Berichterstatterin rief in Erinnerung, daß auf der Jahrestagung in Stockholm ein Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses zu diesem Projekt unter ihrer Leitung eingesetzt worden sei, dem neben Senator **William Kelly** auch Senator **Guy Cabanel** aus Frankreich, Sir **Peter Emery** aus Großbritannien sowie die Abgeordneten **Mikola Azarow** aus der Ukraine, Dr. **Christoph Zöpel** aus Deutschland und Dr. **Thomas Onken** aus der Schweiz angehörten. Sie dankte allen Mitgliedern des Unterausschusses für wertvolle Anregungen, die Eingang in den Resolutionsentwurf gefunden hätten, der heute diskutiert würde. Die Berichterstatterin brachte ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß man nicht mehr länger die Augen davor schließen könne und endlich auch die notwendigen

Konsequenzen daraus ziehen müsse, daß es sich beim wirtschaftlichen Bereich der OSZE nicht mehr länger nur um einen Korb, sondern um eine Dimension handele. Es sei richtig und notwendig gewesen, daß man die ursprüngliche Rolle der KSZE in Korb II vor allem darin gesehen habe, das Zusammenleben bzw. die Zusammenarbeit zweier Staatenblöcke mit unterschiedlicher Wirtschaftsordnung zu ermöglichen. Hier habe die KSZE unbestrittene und unbestreitbare Erfolge erzielt. Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und die revolutionären Ereignisse in Europa und der Welt hätten jedoch auch diese traditionelle Aufgabe von Korb II der KSZE, also die Ermöglichung der friedlichen Koexistenz zweier getrennter Wirtschaftssysteme, weitgehend überholt. Es gebe keine wirtschaftlichen Systemgrenzen mehr. Das Ende des Ost-West-Konflikts habe den Weg zur engmaschigen Vernetzung der Volkswirtschaften des OSZE-Raums eröffnet. Gleichzeitig hätten revolutionisierende Globalisierungsprozesse nicht nur das Wirtschafts-, sondern auch das Sicherheitssystem ergriffen. Eine sich stetig weiterentwickelnde Informations- und Kommunikationstechnologie verändere bisherige Strukturen und Strategien und verlange mit Macht nach Anpassungsleistungen oder Änderungen. Weltwirtschaft und globale Sicherheit müßten mit anderen Worten neu gedacht und neu begründet sowie in sinnvolle Ergänzung zu regionalen Lösungsansätzen gebracht werden. Regionale und globale Wirtschaftspolitik seien keine Gegensätze, sondern könnten sich in idealer Weise im Interesse eines freien Welthandels ergänzen: Regionale Wirtschaftszusammenschlüsse könnten wegen des konkurrierenden Exports der eigenen marktwirtschaftskonformen ordnungspolitischen Regime eine positive Wirkung haben. Sie könnten dazu beitragen, das Niveau notwendiger Standards und Regeln für den Wirtschaftsprozeß weltweit anzuheben und dabei den besseren Regelungen Geltung zu verschaffen. Gerade weil es an derartigen Regelungen in der gegenwärtigen Weltwirtschaft im Zeichen der Globalisierung mangle und die Steuerungskapazität von Staaten in einigen Bereichen der innerstaatlichen und internationalen Wirtschaftspolitik abgenommen habe, könne es sinnvoll sein, auch auf multilateraler Ebene jenes Mindestniveau an einheitlichen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu entwickeln. Es handele sich dabei um einen Problembe- reich, der zunehmend Aufmerksamkeit erfordere und erhebliche Brisanz in sich berge. Genau diese Fragen, also die Rolle von Staaten in einer sich immer dramatischer wandelnden Welt, sei auch Gegenstand des jüngsten, des 20. Weltentwicklungsberichts der Weltbank 1997 gewesen. Die Aufgabe und Chance der OSZE sei es, diese Entwicklungen mit dem Sicherheitsaspekt und mit dem Demokratieaspekt der OSZE zu verbinden und den konfliktpräventiven Charakter wirtschaftlicher Zusammenarbeit deutlich zu machen. Die Parlamentarische Versammlung könne auf diese Weise einen Beitrag zu dem leisten, was auch die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel am 2. und 3. Dezember letzten Jahres in Lissabon erörtert hätten: Sicherheit durch Zusammenarbeit zu schaffen. Die Staats- und Regierungschefs hätten der OSZE die dreifache Aufgabe zugewiesen,

- aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen resultierende Sicherheitsrisiken zu identifizieren,
- ihre Ursachen und möglichen Konsequenzen zu diskutieren und
- die Aufmerksamkeit einschlägiger internationaler Institutionen auf die Notwendigkeit zu lenken, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die aus diesen Risiken resultierenden Schwierigkeiten zu lindern.

Gerade die zuerst genannte Aufgabe sei ein Ansatzpunkt für die OSZE-Wirtschaftscharta und ihren integrativen Ansatz: Sie könne und solle Kriterien enthalten, anhand derer die genannten Sicherheitsrisiken erkannt und identifiziert werden könnten.

Der Resolutionsentwurf sei im Lichte des Lissabonner Gipfeldokuments und der eigenen Diskussionen im Wirtschaftsausschuß, in folgender Richtung überarbeitet worden:

- er hebe stärker den konfliktpräventiven Charakter der OSZE-Wirtschaftscharta hervor,
- er betone stärker die Bindung der OSZE an gegenseitig sich verstärkende internationale Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, insbesondere die Genfer Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa,
- er mache noch deutlicher, daß auch die OSZE-Wirtschaftscharta der OSZE keine eigene operative Wirtschafts- und Finanzkompetenz zuweise, und
- er sei ein eindeutiges Bekenntnis zum auch vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Abgeordnetem Floch, unterstützten regional-kooperativen Ansatz.

In der Charta werde der Versuch einer Verständigung auf eine gemeinsamen Prinzipien verpflichtete Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der OSZE unternommen. Eine derartige Wirtschaftspolitik müsse von der elementaren Grundtatsache ausgehen, daß Sicherheit und Zusammenarbeit in der wirtschaftlichen Dimension entscheidend von dem Vertrauen aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten in verlässliche und transparente Regeln des politischen und wirtschaftlichen Handelns abhängen. Dazu gehöre insbesondere Vertrauen in eine verlässliche marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik, die nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, einem hohen Beschäftigungsniveau, ausgeglichenen öffentlichen Haushalten und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht verpflichtet sei. Dazu gehöre, wie das letzte OSZE-Wirtschaftsforum in Prag bestätigt habe, Vertrauen in Rechtssicherheit, ohne die die wirtschaftliche Betätigung mit schwer kalkulierbaren Risiken behaftet sei. Dazu gehörten schließlich Vertrauen in die Sicherheit des Marktzugangs, der Schutz von Investitionen und nicht zuletzt Vertrauen in die Gewährleistung eines angemessenen Standards sozialer Sicherheit. Die OSZE-Wirtschaftscharta sei ein Versuch, in einem regional begrenzten Raum eine gemeinsamen Prinzipien verpflichtete Wirtschaftspolitik zu ermöglichen und damit ein marktwirtschaftskonformes ordnungspolitisches Regime zu verbreiten, welches verhindern soll, daß weltwirtschaftlich unterschiedliche, inkompatible

Regelungssysteme und damit neue Handelshemmnisse und möglicherweise neue Sicherheitsrisiken entstehen. Der Wirtschaftsausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sei neben dem OSZE-Wirtschaftsforum der regierungsseitigen OSZE das einzige Forum zum Informationsaustausch und zur Diskussion wirtschaftlicher Themen. Dieses Forum sollte genutzt werden und die von den Parlamentariern für wichtig und erforderlich gehaltenen Impulse geben.

In der sich anschließenden Diskussion wies Sir **Peter Emery** darauf hin, daß es ihm vor allem darauf ankomme, daß auch im wirtschaftlichen Bereich mit der OSZE-Wirtschaftscharta keine Duplikation mit anderen bereits existierenden Organisationen entstehe. Ein Abgeordneter aus Zypern unterstützte den Resolutionsentwurf und wies insbesondere auf den engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Sicherheit hin. Eine Vertreterin der österreichischen Delegation begrüßte den Resolutionsentwurf und wies darauf hin, wie wichtig es sei, in der OSZE-Wirtschaftscharta auch das Problem von zukunftssicheren Arbeitsplätzen anzusprechen. Mehrere Abgeordnete aus Lettland und Litauen begrüßten den Resolutionsentwurf ausdrücklich und unterstrichen die Bedeutung, die er vor allem für die Länder Mittel- und Osteuropas habe.

In der anschließenden Abstimmung wurde der Resolutionsentwurf mit Mehrheit (43:11:1) angenommen und auf Vorschlag des Vorsitzenden wegen des weiteren Verfahrensgangs an das Präsidium überwiesen.

Anschließend stellte Senator **William Kelly** seinen Bericht über die „Umsetzung der wirtschaftlichen Ziele der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ vor. In dem Bericht wird eine summarische Bewertung der Wirtschaftsleistung der Staaten Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion seit Beginn des Transformationsprozesses im Jahr 1969 gegeben. Er beschreibt, inwieweit die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Staaten der ehemaligen Sowjetunion die regionale Zusammenarbeit zur Selbsthilfe genutzt haben und was seitens der westlichen OSZE-Mitglieder unternommen wurde, um ihnen den Übergang zur Marktwirtschaft mit Hilfe von Organisationen wie der Weltbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Union sowie durch einzelstaatliche Programme zu erleichtern. In dem Bericht wird auch ein Ausblick in die Zukunft der Reformstaaten gegeben. Es wird erörtert, was noch zu geschehen hat, um den Übergangsprozeß zu vollenden, und welcher Maßnahmen es noch bedarf, um wirtschaftliche Stabilität und Wirtschaftswachstum zu fördern und abzusichern. Es wird festgestellt, daß die Reformstaaten in der OSZE in unterschiedlichem Ausmaß die in der Charta von Paris und im Helsinki-Dokument festgelegten Wirtschaftsreformen durchgeführt haben. Die westlichen Mitglieder hätten ihre Verpflichtungen in Sachen Finanzhilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwar mehr oder weniger erfüllt. Doch sei eine besser koordinierte, kohärentere und nachhaltigere Unterstützung notwendig, um den Reformstaaten bei der vollständigen Einbindung in das weltweite Wirtschafts- und Han-

delssystem zu helfen. Der Berichterstatter kommt zu dem Ergebnis, daß die OSZE in den mittel- und osteuropäischen Ländern ihre Zielsetzungen nur zum Teil erreicht habe. Am erfolgreichsten sind nach seiner Einschätzung tendenziell die westliche Hilfe, die Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder in die internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen und die Bemühungen um Aufrechterhaltung eines freien Welthandels gewesen. Die betroffenen Länder selbst sind nach seinem Bericht aber noch weit von den wirtschaftlichen Zielsetzungen der OSZE, insbesondere in Bezug auf die rechtlichen Strukturen, ein funktionierendes Bankensystem und das Beseitigen von Handelsbarrieren, entfernt. Die wirtschaftliche Dimension der OSZE ist nach seiner Einschätzung noch immer unterentwickelt.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich im wesentlichen auf die tatsächlichen Feststellungen im Bericht bezüglich des Transformationsstandes einiger mittel- und osteuropäischer Länder. Vertreter aus Delegationen der Europäischen Union wiesen vor allen Dingen darauf hin, daß die Unterstützung des Transformationsprozesses der mittel- und osteuropäischen Länder durch die Europäer im Bericht unterschätzt worden sei. So werde die immer wichtiger werdende Vernetzung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften mit der Europäischen Union, die mit Abstand der wichtigste Handelspartner der MOEL/NUS ist, nicht erwähnt. Insbesondere die Anbindung an (Heranführungsstrategie mit den assoziierten MOEL) und Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (Kooperationsabkommen mit den NUS und südosteuropäischen Staaten) trage entscheidend zum Reform-erfolg und zur Einbindung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung Osteuropas bei. Ein von Abgeordnetem **Dr. Christoph Zöpel** im Namen der deutschen Delegation eingebrachter Änderungsantrag zum Resolutionsentwurf des Berichterstatters, der in die Schlußresolution Aufnahme gefunden hat, sieht vor, daß der OSZE-Ministerrat sich eindeutig zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Dimension der OSZE bekenne und dieses auch durch entsprechende Maßnahmen unter Beweis stelle. In dem Änderungsantrag wird darüber hinaus der OSZE-Ministerrat aufgefordert, bis zur nächsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung einen Bericht über den Stand der wirtschaftlichen Dimension vorzulegen. Abgeordneter **Dr. Zöpel** wies insbesondere darauf hin, daß es nach seiner Auffassung an der Zeit und erforderlich sei, daß der Wirtschaftsausschuß der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und das OSZE-Wirtschaftsforum enger zusammen arbeiten. Abgeordneter **Kurt Rossmann** wandte sich insbesondere gegen die Bestimmung im Resolutionsentwurf des Berichterstatters, wonach die Europäische Union aufgefordert werden solle, Tarife auf Landwirtschaftsprodukte aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu vermindern. Diese Bestimmung wurde in die Schlußresolution auch nicht aufgenommen. Am Ende der Diskussion wurde der Resolutionsentwurf in der geänderten Fassung einstimmig angenommen. Neben den durch die deutsche Delegation eingefügten Änderungen ist an dem Resolutionsentwurf besonders festhaltenswert, daß er die OSZE auffordert, die Fähigkeiten des OSZE-Wirtschaftsforums zu ver-

bessern. Im Resolutionsentwurf spricht sich der Wirtschaftsausschuß darüber hinaus für die Bestellung eines hochrangigen OSZE-Repräsentanten für Wirtschaftsfragen aus, eine Aufgabe, mit der der OSZE-Ministerrat von dem Lissabonner Gipfel der Staats- und Regierungschefs beauftragt worden ist. Die Resolution enthält auch eine Bestimmung, mit der zur Erarbeitung einer OSZE-Wirtschaftscharta ermutigt wird, und einen Hinweis auf die vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses für Oktober 1997 in Monaco initiierte Parlamentarische Konferenz über sub-regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

In der Schlußsitzung des Ausschusses wurden der französische Abgeordnete **Jacques Floch** in seinem Amt als Vorsitzender und die schwedische Abgeordnete **Helena Nilsson** in ihrem Amt als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Zur Berichterstatterin wurde die italienische Abgeordnete **Tana de Zulueta** gewählt.

VIII. Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Die Beratungen des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen fanden am 6. und 7. Juli 1997 unter dem Vorsitz von Abgeordnetem **Freimut Duve** statt. Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen der Bericht und der dazugehörige Entschließungsentwurf zum Thema „Medien: Anregungen zur Durchführung“, vorgelegt von der niederländischen Berichterstatterin **Guikje Roethof**. Ferner befaßte sich der Ausschuß mit der Erörterung des an ihn vom Ständigen Ausschuß überwiesenen Berichts über den Besuch einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der Türkei sowie mit dem ebenfalls vom Ständigen Ausschuß an ihn überwiesenen Entschließungsentwurf zum Thema: „Systematische Vergewaltigung in Situationen bewaffneter Konflikte“. Als Gastrednerin hatte der Ausschuß die Ombudsfrau der OSZE für Menschenrechtsfragen in Sarajewo, **Gret Haller**, eingeladen, über ihre Arbeit zu berichten.

Abgeordnete **Roethof** unterstrich in ihren Ausführungen, daß die Meinungs- und Medienfreiheit Eckpfeiler der Demokratie seien. Wie wichtig sie für die Entfaltung demokratischer Strukturen in einem Staat seien, habe sich nicht zuletzt im Jugoslawienkonflikt gezeigt, wo Intoleranz und Vorurteile durch Medienbeeinflussung weiterverbreitet worden seien und zu einer Eskalation der Gewalt geführt hätten. Die Auszeichnung der Vereinigung „Reporter ohne Grenzen“ mit dem diesjährigen Preis der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Journalismus und Demokratie sei ein weiterer nachdrücklicher Hinweis durch die OSZE darauf, wie wichtig freie und unabhängige Medien für eine demokratische Gesellschaft seien. Eine unabhängige und kritische Presse sei kein Privileg einer Gesellschaft, sondern das Recht aller Menschen auf korrekte und ausführliche Information. Abgeordnete **Roethof** wies auf die zahlreichen Fälle hin, in denen Journalisten wegen einer kritischen oder wahrheitsgemäßen Berichterstattung Verfolgung, Inhaftierung und körperlicher Mißhand-

lung ausgesetzt gewesen seien oder sogar Folter und Tod erleiden mußten. Die Bedrohungen, denen eine freie und unabhängige Presse ausgesetzt seien, könnten aber auch aus anderen Richtungen kommen. Dazu gehörten u. a. Zensur, Angriffe durch kriminelle Vereinigungen wie der Mafia und der Druck, aufgrund kommerzieller Zwänge bestimmte Nachrichten verbreiten zu müssen. Immer wieder werde die Frage erhoben, ob einschlägige Gesetze erforderlich seien, um eine korrekte Presse- und Medienberichterstattung zu gewährleisten, oder ob der Markt sich selbst regulieren könne. In Westeuropa gebe es mittlerweile eine starke Konkurrenz der Medienkonzerne u. a. um Lizenzen für das digitale Fernsehen und auch um die Marktführung generell. Auch das Internet sei ein Bereich, der Anlaß zur Besorgnis gebe, denn seine Nutzer könnten z. B. die Tatsache, daß in den verschiedenen Staaten unterschiedliche Gesetze existieren, dazu benutzen, in einem bestimmten Land verbotene Informationen über das Internet weiterzuverbreiten. Angesichts dieser Problematik auf der einen Seite und dem Recht der Bürger auf umfassende und wahrheitsgemäße Information auf der anderen Seite stelle sich die Frage, was die einzelnen Regierungen tun könnten, um den Grundsatz der in vielen OSZE- und in anderen grundlegenden Menschenrechtsdokumenten verankerten Meinungs- und Medienfreiheit wirksam umzusetzen. Den Regierungen obliege bereits jetzt mit der Erteilung von Funklizenzen und anderen genehmigungsbedürftigen Verfahren eine gewisse Kontrollfunktion über diesen Bereich. Darüber hinaus hätten einige Staaten auch Gesetze in Kraft gesetzt oder seien im Begriff, solche Gesetze auszuarbeiten, die sich speziell mit dem Schutz einzelner Bevölkerungsgruppen, z. B. der Kinder, vor Gewaltdarstellungen in den Medien befaßten. Die Berichterstatterin betonte, daß ihr Bericht auch besonderes Augenmerk auf die Frage lenken wolle, was genau geschützt werden solle und auf welche Weise dies erfolgen sollte. Es genüge nicht, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu schützen. Es sei für den Journalisten ebenso wichtig, frei zu sein von staatlicher Intervention, andererseits aber auch staatlichen Schutz zu genießen, um frei von Not und Angst seinen Beruf ausüben zu können. Für die Unabhängigkeit der Medien seien folgende Ziele von essentieller Bedeutung: der Schutz gegen äußere Einflußnahme, der als Pressefreiheit in der Verfassung garantiert sein müsse; der Schutz vor Einflußnahme von Innen, worunter der Schutz des Journalisten durch einen Berufskodex oder ein Statut gegenüber der Leitung des eigenen Medienunternehmens zu verstehen sei. Ferner müsse der Zugang zu öffentlichen Informationen gesichert sein ebenso wie der Schutz des Berufsgeheimnisses. Hinsichtlich der Medienvielfalt wäre ein Statut, das Vielfalt und Autonomie garantiere, erstrebenswert. Ferner spielten Kartellgesetze und Bestimmungen in Bezug auf Eigentümerverflechtungen eine ebenso wichtige Rolle. Schließlich seien auch die international eingegangenen Verpflichtungen ein weiteres wichtiges Kriterium. Objektive und wahrheitsgemäße Berichterstattung seien wichtige Elemente, die in einem Berufskodex für Journalisten festgelegt werden müßten, ebenso wie die Bereitschaft, falsche Meldungen richtigzustellen. Ferner seien üble Nachrede und beleidig-

gende Äußerungen ebenso wie Bestechung Kriterien, die zum Ausschluß des Journalisten aus dem Berufsverband führen müßten.

In der anschließenden Debatte wurde von allen Teilnehmern nachdrücklich gefordert, die Meinungs- und Medienfreiheit in allen Ländern der Welt durchzusetzen. Ein Land, in dem die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Presse und Medien nicht oder nur schlecht funktioniere, könne keine demokratischen Strukturen entfalten oder weiterentwickeln. Der Ausschußvorsitzende, Abgeordneter **Freimut Duve**, wies darauf hin, daß von mehreren Regierungen der Vorschlag gemacht worden sei, das Amt eines OSZE-Medienbeauftragten einzuführen – ein Vorschlag, der auf dem nächsten OSZE-Gipfel im Dezember besprochen werden solle. Der französische Abgeordnete **Michel Voisin** wies darauf hin, daß viele Zeitungen in den Händen von Industrieunternehmen seien. Er warnte vor der Gefahr einer Industrialisierung des Journalismus und forderte die Regierungen auf, für ausreichende Antikartellgesetze Sorge zu tragen. Abgeordneter **Ronald Pofalla** gab zu bedenken, daß die Medienkonzentration aber auch Vorteile in bezug auf mehr freie Gelder für wichtige technische Weiterentwicklungen mit sich bringen könne. Vertreter der mittel- und osteuropäischen Staaten erläuterten vor dem Hintergrund der eigenen innerstaatlichen Verhältnisse, daß die Presse- und Meinungsfreiheit in vielen ihrer Staaten noch auf sehr große Schwierigkeiten stoße, oft bedingt durch die kommunistische oder totalitäre Vergangenheit. Ein ukrainischer Abgeordneter informierte den Ausschuß, daß in der neuen Verfassung seines Landes die Rede-, Informations- und Pressefreiheit sowie ein Zensurverbot verankert worden seien. Eine Abgeordnete des Vereinigten Königreiches stellte das Recht des Bürgers auf Gegendarstellung bei unzutreffender Information und auf Klage bei einer Berichterstattung, die den Persönlichkeitsbereich verletzte, in den Vordergrund ihrer Ausführungen und betonte, daß ein Verhaltenskodex für Journalisten von großer Bedeutung sei. Mehrere Vertreter von GUS-Delegationen betonten, daß beim Übergangsprozeß ihrer Staaten und beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen Presse- und Meinungsfreiheit eine große Rolle spielten und daher in den Verfassungen oder in Gesetzen verankert werden müßten. Geäußert wurde auch der Wunsch, von den Erfahrungen der westlichen Länder in diesem Bereich zu lernen. Wichtig seien in jedem Fall die Beachtung der Grundsätze der Menschenrechtskonvention und der einschlägigen internationalen Menschenrechtsverträge. Viele Redner betonten auch die wichtige Rolle, welche den Medien bei Wahlen und insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes zukomme, wie das Beispiel Ex-Jugoslawien gezeigt habe. Zusammenfassend hielt die **Berichterstatterin** fest, daß die Medien nicht als Mittel zur Erlangung von Macht instrumentalisiert werden dürften, daß andererseits aber auch Presse- und Medienmitarbeiter strengen Richtlinien in bezug auf wahrheitsgetreue und unbeeinflusste Nachrichtenverbreitung unterliegen müßten und eine diesbezügliche Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit besäßen. In dem einstimmig angenommenen Entschließungsentwurf wird der Ministerrat

der OSZE aufgefordert, sich verstärkt mit Medienfragen zu beschäftigen und die Schaffung eines OSZE-Ombudsmanns für Medienfragen in Erwägung zu ziehen. Nachdrücklich verurteilt werden alle Eingriffe in die Meinungs- und Medienfreiheit durch staatliche und andere Stellen oder aufgrund kommerzieller Interessen. Die Arbeit der unter schwierigen politischen Bedingungen arbeitenden Journalisten, besonders derjenigen, die tagtäglich ihr Leben aufs Spiel setzen, um wahrheitsgetreu über Ereignisse in ihrem Land zu berichten, wird besonders gewürdigt.

Der Ausschuß hatte die Ombudsfrau der OSZE für Menschenrechtsfragen in Bosnien-Herzegowina, **Gret Haller**, eingeladen, um auf der Grundlage des von ihr erstmalig vorgelegten Jahresberichts Informationen über die Weiterverfolgung ihrer Aufgaben in Bosnien-Herzegowina zu erhalten. **Gret Haller** stellte fest, daß sich die Situation in Bosnien-Herzegowina zwar mit dem Ende der Kampfhandlungen entschärft habe, daß entscheidend für weitere Fortschritte im Land jedoch die Frage sei, inwieweit die Menschen bereit seien, über die ethnischen Grenzen hinweg zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten und zum Wiederaufbau des zerstörten Landes beizutragen. Man dürfe den Friedensprozeß nicht auf die Ergebnisse der Wahlen und auf den Wiederaufbau des Landes allein aufbauen. Vielmehr bedürfe es eines neuen Denkens bei den Menschen, und hierzu sei ein langer psychologischer Entwicklungsprozeß erforderlich. Die Durchsetzung rechtsstaatlicher Strukturen und die Beachtung der Menschenrechte seien sehr wichtig für alle weiteren Fortschritte, aber auch – und dies wurde von **Gret Haller** besonders hervorgehoben – die Überführung und Bestrafung der Kriegsverbrecher vor dem Kriegstribunal in Den Haag. Gerade angesichts der derzeitigen Ereignisse in der Serbischen Republik sei dies eine unabdingbare Voraussetzung. Ferner sei es ebenfalls wichtig, die wirtschaftliche Hilfe weiterhin und im verstärkten Maße der Konditionalität zu unterstellen und Wirtschaftshilfe auf solche Gegenden und Orte zu konzentrieren, wo die Verpflichtungen aus dem Vertrag von Dayton umgesetzt würden, u.a. durch die Ermöglichung einer sicheren Rückkehr der Flüchtlinge. **Gret Haller** unterstrich, daß sie eine lebensfähige Zukunft für Bosnien-Herzegowina nicht in einer Zwei- oder Dreiteilung des Landes sehe, sondern ausschließlich darin, daß Bosnien-Herzegowina als Ganzes zusammenbleibe, denn eine Teilung würde nicht nur für das Land selbst, sondern auch für ganz Europa sehr gefährlich sein. Allerdings werde es viele Jahre dauern, bis dieses Zusammenwachsen des Landes vollendet sein werde. Europa und die internationale Staatengemeinschaft müßten diesen Prozeß weiterhin unterstützen. Hierzu stellte Abgeordneter **Freimut Duve** fest, daß es sich Europa nicht leisten könne, mit dieser Art von Apartheid, die von den Verfechtern der ethnischen Säuberung in Ex-Jugoslawien betrieben werde, zu leben. Auch das Überleben der OSZE könne in Frage gestellt werden, wenn sie einen solchen Zustand akzeptiere. Abgeordneter Prof. **Gert Weisskirchen** gab zu bedenken, daß man, wenn man den Gedanken ethnisch gesäuberter Regionen akzeptiere, nachträglich das, was geschehen sei, billige. Man sollte vielmehr Regionen

und lokalen Stellen, die bereit seien, ein multi-ethnisches Zusammenleben zu praktizieren, Unterstützung zukommen lassen. Er stellte Gert Haller die Frage, ob sie konkret solche Städte und Regionen benennen könne. Frau Haller verwies auf das „Open Cities“-Konzept des UNHCR und die vom Hohen Repräsentanten erstellten Listen und Unterlagen, in denen die Orte aufgeführt seien, die eine solche Politik praktizierten oder zumindest die sichere Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichten. Wichtig sei vor allem – so betonte sie abschließend –, daß sich die internationale Staatengemeinschaft auf eine gemeinsame Strategie für den Wiederaufbau von Bosnien-Herzegowina einigte. Ansätze hierzu seien bereits erkennbar, wie auch der NATO-Gipfel in Sintra gezeigt habe.

Der Ausschuß behandelte ebenfalls den Entschließungsentwurf über systematische Vergewaltigung in Situationen bewaffneter Konflikte, der vom Ständigen Ausschuß an den Menschenrechtsausschuß überwiesen worden war. Die schwedische Abgeordnete **Viola Furubjelke**, eine der Initiatorinnen und Mitverfasserin des Textentwurfs stellte hierzu fest, daß das Problem der systematischen Vergewaltigung als bewußt eingesetztes Mittel in Situationen bewaffneter Konflikte zwar oft in nationalen und internationalen Gremien erörtert worden sei, daß es bislang aber keine Verurteilung der Schuldigen vor dem Internationalen Kriegsgericht für das ehemalige Jugoslawien oder dem Kriegsgericht für Ruanda gegeben habe. Nicht nur die Angst der Opfer vor einer Aussage, sondern auch das zögerliche Verhalten politischer und anderer Stellen seien hierfür der Grund. Sie forderte eine nachdrückliche Unterstützung der OSZE, damit systematische Vergewaltigung als eine Form von Folter im Sinne der VN-Folterkonvention angesehen und behandelt werde. Sie appellierte an die OSZE-Teilnehmerstaaten, den Opfern dieses Verbrechens Asyl in ihren Ländern zu gewähren und sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß Verbrechen wie systematische Vergewaltigung an das Internationale Kriegsgericht für das ehemalige Jugoslawien überwiesen werden, und umfassend mit dem Gericht in dieser Frage zusammenzuarbeiten. Auch die US-Abgeordnete **Louise Slaughter** forderte eine deutliche Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu diesen schwerwiegenden Verbrechen und rief die Teilnehmerstaaten dazu auf, alles zu tun, damit Derartiges nie wieder geschehe. Der Ausschuß verabschiedete einstimmig den ihm vorgelegten Entschließungsentwurf sowie die zusätzlich eingebrachten Ergänzungen zum Text.

Der Ausschuß befaßte sich ferner mit dem ihm vom Ständigen Ausschuß überwiesenen Bericht über den Besuch einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der Türkei. Die niederländische Abgeordnete **Guikje Roethof** stellte als Mitglied der Delegation, die in die Türkei gereist war, fest, daß es ein konstruktiver Besuch gewesen sei und es der Delegation gelungen sei, einen kritischen Dialog mit den türkischen Gesprächspartnern über die Menschenrechtslage in der Türkei zu führen. Der Leiter der türkischen Delegation, **Korkut Özal**, der die OSZE-Delegation auf ihrer Reise begleitet hatte, er-

läuterte, daß es möglich gewesen sei, fast alle Gesprächskontakte zu vermitteln, die von der Delegation gewünscht worden seien. Auch ein Besuch in Diyarbakir und Gespräche mit Vertretern der lokalen Behörden und Gruppen seien ermöglicht worden. Abgeordneter **Özal** betonte, daß sich das Land zur Zeit in einer schwierigen Phase befinde, daß es aber auch viele Veränderungen in Richtung auf mehr Demokratie gebe. Die Herbeiführung sozialer Veränderungen und eines gesellschaftlichen Verständnisses für Reformen erforderten viel Zeit. Es gebe bereits gute Verbesserungen in Bezug auf die Umsetzung der wichtigsten Ziele der OSZE, obwohl das Land in den letzten zwei Jahren sechs verschiedene Regierungen erlebt habe. Die von der OSZE und anderen internationalen Organisationen geforderten Veränderungen und Verbesserungen der Menschenrechtslage würden auch von den in der großen Nationalversammlung vertretenen Parlamentariern befürwortet und aktiv unterstützt.

In einer lebhaften und zum Teil kontrovers geführten Debatte forderte u. a. der britische Abgeordnete **Tom Cox** Änderungen in der türkischen Verfassung, um Meinungs- und Pressefreiheit zu gewährleisten. Gefordert wurde auch die Freilassung der vier inhaftierten Parlamentarier oder zumindest eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen. Abgeordneter Cox forderte auch, die Menschenrechtslage in der Türkei weiterhin auf der Tagesordnung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu belassen. Der dänische Abgeordnete **Søren Søndergaard** stellte fest, daß auch im Bericht des US-State Department festgehalten worden sei, daß es in der Türkei schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gegeben und sich die Lage eher verschlechtert als verbessert habe. Er verwies auf das Einreiseverbot für bestimmte dänische Abgeordnete in die Türkei, die nach der Inhaftierung einer dänischen Abgeordneten in der Türkei die Türkei massiv wegen dieses Vorgehens kritisiert hatten. Abgeordneter Prof. **Gert Weisskirchen** stellte die Frage, wie man in Zukunft mit der Situation in der Türkei umgehen wolle. Er sprach sich dafür aus, durch ein ähnliches Verfahren wie bisher, d. h. Berichte und Besuche einzelner Delegationen und Missionen in der Türkei, den Druck auf die Türkei aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber auch durch einen konstruktiven Dialog auf positive Veränderungen in diesem Land hinzuwirken. Die soeben gebildete neue türkische Regierung stehe vor schwierigen Aufgaben, denn nicht nur im Ausland erwarte man von ihr eine Veränderung der türkischen Innenpolitik. Die auf die neue Regierung gesetzten Hoffnungen könne man aber dadurch verstärken, daß man jetzt nicht eine Art von Tribunal veranstalte, sondern die direkte Zusammenarbeit mit den Kollegen und den Kolleginnen im Parlament verstärke. Dieser Meinung schloß sich auch die stellvertretende Ausschußvorsitzende, **Dorota Simonides** (Polen) an, indem sie feststellte, daß eine totale Verurteilung und Kritisierung der Türkei nicht dazu beitragen könnten, die Reformen in diesem Land weiterzuführen. Viel besser sei es, den konstruktiven Dialog mit denjenigen, die zu Veränderungen bereit seien, aufrechtzuerhalten und die Lage durch die Entsendung weiterer Missionen weiter zu beobachten. Abgeordneter Frei-

mut Duve unterstrich, daß die Türkei Teil der europäischen Familie sei und daß dies die Basis für jeden Ansatz in der Türkeifrage sein müsse. Ein weißrussischer Abgeordneter forderte den Ausschuß auf, sich dafür einzusetzen, daß eine ähnliche Mission in sein Land entsendet werden sollte, weil sich dies sehr hilfreich auf eine Lösung für die derzeitige Krise in Belarus auswirken könne. Der US-amerikanische Abgeordnete **Steny Hoyer** räumte ein, daß der Informationsbericht an manchen Stellen stärker formuliert sein könnte. Gleichzeitig setzte aber auch er sich dafür ein, die Türkei als Teil der europäischen Familie zu sehen, und betonte, daß ihre Integrität im Rahmen der NATO nie in Frage gestellt worden sei. Er rief die OSZE dazu auf, weiterhin mit allem Nachdruck von allen Staaten die Beachtung der in den grundlegenden Menschenrechtsdokumenten festgelegten Prinzipien zu verlangen und den Mut und die Integrität zu besitzen, weiterhin alle Menschenrechtsverstöße aufzugreifen und ihnen nachzugehen. Er appellierte an die türkischen Abgeordneten, die als Parlamentarier die Möglichkeit hätten, Menschenrechtsverletzungen direkter anzusprechen als Diplomaten oder Regierungsvertreter, ihrem Land klarzumachen, daß es in der OSZE große Besorgnis wegen der Menschenrechtslage in der Türkei gebe. Abgeordneter **Freimut Duve** sprach sich dafür aus, der neuen Regierung eine Chance einzuräumen, die Situation in der Türkei aber weiterhin aufmerksam zu verfolgen. Er regte an, auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses im Januar 1998 in Wien vorzuschlagen, zur nächsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und Anwälte aus der Türkei einzuladen, um die Lage in der Türkei gemeinsam mit ihnen zu erörtern. Der Ausschuß kam überein, diese Vorschläge sowie die Forderung nach Freilassung der vier inhaftierten türkischen Parlamentarier der Plenarversammlung schriftlich vorzulegen.

Das Mandat des Ausschußvorsitzenden, **Freimut Duve** (Deutschland), wurde zum Abschluß der Ausschußberatungen einstimmig von den Ausschußmitgliedern für eine weitere einjährige Amtszeit verlängert. In ihrem Amt als stellvertretende Ausschußvorsitzende wurde die polnische Senatorin **Dorota Simonides** ebenso bestätigt wie die niederländische Abgeordnete **Guijke Roethof** als Berichterstatterin des Ausschusses.

IX. Treffen der Parlamentarierinnen

Unter dem Vorsitz der polnischen Senatorin **Dorota Simonides** kamen die an der Sechsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilnehmenden Parlamentarierinnen am 5. Juli 1997 zu einem zweistündigen Treffen zusammen.

Senatorin **Simonides** bezeichnete einleitend das vom polnischen Parlament gewählte Thema: „Frauen und Arbeitslosigkeit“ als ein insbesondere für Polen und die postkommunistischen Staaten, aber auch für viele andere Länder wichtiges Thema. Die polnische Abgeordnete **Irena Lipowicz** gab anschließend einen Überblick über die Auswertungen des von polnischer

Seite versandten Fragebogens zu diesem Thema. Sie stellte fest, daß die Arbeitslosenquote bei Frauen um 30 % höher liege als bei Männern. Ferner sei festgestellt worden, daß Frauen häufig länger arbeitslos seien als Männer. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in vielen Ländern treffe in erster Linie Frauen, die ihren Arbeitsplatz eher verlieren würden als Männer. Dies sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie in niedrigen Lohngruppen beschäftigt seien oder einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen. Um diese Situation zu ändern und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sowie einen Abbau der Arbeitslosigkeit generell herbeizuführen, seien in erster Linie legislative und politische Maßnahmen erforderlich. Darüber hinaus müsse man die Faktoren untersuchen, die das Risiko der Arbeitslosigkeit von Frauen erhöhten. Dazu zählten insbesondere der niedrige Bildungsstand, aber auch die Familiensituation und das Alter der Frauen. Die Berufstätigkeit der Frauen sei vielfach eine Frage der Notwendigkeit, weil das geringe Einkommen des Mannes alleine für den Familienunterhalt nicht ausreiche. Abgeordnete **Lipowicz** erläuterte den Teilnehmerinnen, daß es in Polen zwei spezielle landesweite Programme gebe, mit deren Hilfe man versuche, arbeitslose Frauen wieder in ein Arbeitsverhältnis zu vermitteln. Durch die Veränderung der Bildungsstrukturen bemühe man sich, neue Berufswege aufzuzeigen und Frauen auf Berufe mit Zukunftsperspektiven, z. B. im EDV-Bereich, vorzubereiten. Dies seien ressortübergreifende Programme, an denen viele staatliche Stellen mitwirkten. Frauen, die über einen längeren Zeitraum wegen Kindererziehung oder Betreuung älterer Menschen aus dem Beruf ausgeschieden seien, solle der Wiedereinstieg mit staatlicher Hilfe erleichtert werden. Auch das Parlament spiele hierbei eine wichtige Rolle, weil es bei der Verabschiedung von Gesetzen auf eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von Frauen hinwirken könne. Es gebe darüber hinaus den Beschluß, dem polnischen Parlament einen jährlichen Fortschrittsbericht in dieser Angelegenheit vorzulegen. Abschließend unterstrich Abgeordnete **Lipowicz**, daß Arbeitslosigkeit keine unausweichliche Situation sei, sondern ein Übel der Gesellschaft, das ebenso wie Armut und Krankheit bekämpft werden müsse.

In der anschließenden Diskussion wurde immer wieder auf den Zusammenhang zwischen Bildung und Beschäftigung hingewiesen. In sehr wenigen Ländern seien so ideale Zustände wie z. B. in Schweden festzustellen, wo Frauen dank staatlicher Bildungsprogramme so gut wie keiner Diskriminierung hinsichtlich der Beschäftigung ausgesetzt seien. Auch durch die Bereitstellung von Tagesstätten für Kinder würde die Beschäftigung von Frauen erleichtert und ihre Doppelbelastung verringert, wie eine Abgeordnete der schwedischen Delegation feststellte. Die finnische Abgeordnete **Maria Aula** unterstrich, auch für Finnland treffe der Grundsatz: „je besser die Bildung, um so geringer die Arbeitslosigkeit von Frauen“ zu. Viele Frauen hätten in Finnland Unternehmen gegründet, nachdem die Zahl der staatlichen Unternehmen verringert worden sei. Per Gesetz seien Gelder für die Existenzgründung bereitgestellt worden. Die Nachfrage sei so stark gewesen, daß

dieses Geld mittlerweile verbraucht sei. Die US-Abgeordnete **Pat Danner** erläuterte, daß der Trend bei der Beschäftigung von Frauen dahin gehe, ihnen Teilzeitarbeitsplätze und befristete Verträge anzubieten. Damit würde man die Zahlung von Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen umgehen. Ein weiteres Problem in den USA sei, daß viele berufstätige Frauen als alleinerziehende Mütter auf den Unterhalt der geschiedenen Ehepartner angewiesen seien, der aber oft nicht gezahlt werde und von staatlicher Seite nur schwer einzutreiben sei. Sie beklagte, daß es in den USA kein einheitliches Bundesgesetz in diesem Bereich gebe, sondern nur viele unterschiedliche Gesetze der einzelnen Bundesstaaten. Ein weiterer besorgniserregender Trend sei die Entlassung von Arbeiterinnen mit niedrigem Einkommen zugunsten der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern, was durch die neuen Gesetze in den USA ermöglicht werde. Es sei alarmierend, daß über 10 Millionen Kinder in den USA keine Krankenversicherung hätten, weil ihre Mütter auf einer Niedriglohnarbeitsstelle beschäftigt oder arbeitslos seien. Andererseits seien aufgrund gesetzlicher Förderung viele Frauen jetzt ermutigt worden, Mikro-Unternehmen oder Unternehmen in Form von Heimarbeit zu gründen. Auf diese Weise versuchten einige Frauen, für den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familie zu sorgen.

Bildung, so wurde von vielen Parlamentarierinnen unterstrichen, sei jedoch der Schlüsselfaktor, der es den Frauen ermögliche, besser bezahlte und dauerhafte Arbeitsplätze zu finden. Junge Frauen müßten erkennen, was für sie auf dem Spiel stehe, wenn sie die ihnen gebotenen Bildungsmöglichkeiten nicht nutzten. Aber auch von staatlicher Seite bestünde die Pflicht, für ausreichende Bildungschancen für junge Menschen und insbesondere Mädchen zu sorgen. Mangelnde staatliche Unterstützung bei der Förderung der Beschäftigung von Frauen sei gleichzusetzen mit einer Vernachlässigung eines immensen Potentials an Kenntnissen, Fähigkeiten und Begabungen eines Teils der Bevölkerung – ein Fehler, der sich zu Lasten der Gesellschaft insgesamt auswirken würde.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. **Rita Süßmuth**, stellte fest, daß in Westeuropa wie auch anderswo die Frauen heute mit aller Entschiedenheit auf den Arbeitsmarkt drängten und sich nicht mit einer Rolle in Haushalt und Familie begnügten. Trotz hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland und insbesondere Ost-Deutschland drängten auch hier die Frauen auf den Arbeitsmarkt. Ein hoher Ausbildungsstand sage aber noch nichts in bezug auf die richtige Berufswahl aus. Zu gering sei noch der Zugang von Frauen zu Zukunftsberufen, die angesichts der Umstellung von einer Produktions- auf eine Dienstleistungsgesellschaft eine große Rolle spielten. Ausbildung und Weiterbildung seien hierfür enorm wichtig, ebenso wie die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. Die Bundestagspräsidentin betonte darüber hinaus, daß der strukturelle Wandel zu einem Wegfall oder einer Verminderung des sozialen Schutzes vieler Menschen geführt habe. Der Anteil der Frauen ohne Kranken- oder Rentenversicherung sei erschreckend hoch. Die größte Gruppe der Sozial-

hilfeempfänger in Deutschland sei die der alleinerziehenden Mütter. Eines der Ziele der OSZE sei die Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft. Dies könne aber nur befürwortet und unterstützt werden, wenn diese freie Marktwirtschaft mit einer sozialen Absicherung einhergehe. Hierfür müsse sich die OSZE nachdrücklich einsetzen. Eine soziale Absicherung ihres Arbeitsplatzes sei insbesondere für die Frauen sehr wichtig, anderenfalls Armut und Altersarmut drohten. Die Bundestagspräsidentin warnte auch vor überzogenen Diskussionen über den Abbau bestimmter Schutzbestimmungen, z.B. das Recht auf eine dreijährige Erziehungszeit. Sie sprach sich dafür aus, das bisher Erreichte, z.B. Frauenförderpläne und Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen, nicht leichtfertig aufzugeben, nur weil dies angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktlage schwierig durchzusetzen sei. Sie forderte ein nachdrückliches Festhalten an Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen sowie Arbeitsplätze mit einem Mindestsozialschutz. Wichtig sei auch die kontinuierliche Begleitung der Frauen, die den Mut zu Unternehmensgründungen besäßen, u.a. durch die Bereitstellung von Krediten und Kapital zu annehmbaren Konditionen. Die Frauen dürften sich angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage nicht entmutigen lassen, weiterhin an ihrem Forderungskatalog festzuhalten.

Die deutsche Abgeordnete **Katrin Fuchs** regte an, Kindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten zu fördern, die es Frauen und Männer erlaubten, einer Familien- und Erwerbsarbeit nachzugehen. Sie regte ferner an, nationale Quoten zur Frauenförderung festzulegen, über die Frauen so lange bevorzugt eingestellt würden, bis ihr Anteil ebenso hoch sei wie der der Männer. Die polnische Abgeordnete **Irena Lipowicz** stellte hierzu fest, daß die den Frauen angebotene Teilzeitarbeit zunächst als Chance betrachtet werde, aber auch neue Risiken berge, sofern nicht entsprechende soziale und versicherungsrechtliche Schutzbestimmungen mit ihr einhergingen. Die britische Abgeordnete **Ann Clwyd** hob hervor, daß die Zahl der Frauen in den Parlamenten erhöht werden und man darüber nachdenken müsse, wie man ihre Beteiligung auf politischer Ebene fördern könne. Nur auf diese Weise könne gewährleistet werden, daß Frauen betreffende Fragen in einer Weise behandelt würden, die den Interessen der Frauen Rechnung tragen. Eine Vertreterin der belgischen Delegation betonte, daß auch auf europäischer Ebene den Belangen von Frauen mehr Rechnung getragen werden müsse. Die Beschäftigungsförderung von Frauen müsse in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam fest verankert werden. Ein weiteres von mehreren Parlamentarierinnen aufgegriffenes Thema war die Frage, wie man den als Migrantinnen und Flüchtlinge in andere Länder einreisenden Frauen helfen könne, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Viele Frauen, besonders illegal eingereiste, würden zur Prostitution gezwungen, weil ihnen jede Hilfe verweigert würde und es für sie kaum eine Chance gebe, ihren Unterhalt auf legalem Weg zu verdienen.

Die russische Abgeordnete **Elena Mizulina** beklagte die extrem hohe Arbeitslosigkeit der Frauen in

Rußland. Russische Frauen würden oft zugunsten einer Beschäftigung ihrer Männer auf einen Arbeitsplatz verzichten. Hinzu kämen weitere Probleme, wie unpünktliche Lohn- und Kindergeldzahlungen. Sie erinnerte daran, daß auch in Rußland die Politik überwiegend von Männern bestimmt werde und daß es wenige Möglichkeiten gebe, frauenspezifische Belange aufzugreifen. Die georgische Abgeordnete **Nino Borjanadze** erläuterte, daß es in ihrem Land große Probleme gebe, unter denen besonders die Frauen zu leiden hätten. So würden z. B. kaum noch Erziehungsbeihilfen oder Kindergeld gezahlt. Generell sei zwar im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschrieben, daß Frauen nicht weniger Lohn als Männer erhalten dürften; doch sehe die Wirklichkeit oft anders aus. Andererseits gebe es in Georgien viele Frauen, die sich aktiv in der Politik engagierten. Das Land habe jedoch aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen aus Abchasien, darunter viele Frauen und Kinder, große wirtschaftliche Probleme.

Generell wurde betont, daß das Thema Frauen und Arbeitslosigkeit auch im Kontext der sich in vielen Staaten vollziehenden Übergangsprozesse gesehen werden müsse und daß die Förderung von Beschäftigung und Wohlstand für alle eines der zentralen Anliegen der OSZE sei. Daher forderten die Parlamentarierinnen die OSZE auf, dafür Sorge zu tragen, daß Frauenfragen im verstärkten Maße in allen Gremien und Ausschüssen der OSZE und speziell in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE behandelt werden. Hierfür setzte sich auch die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. **Rita Süßmuth**, ein, indem sie zum Schluß der Diskussion noch einmal hervorhob, daß das hier behandelte Thema ein zentrales Thema der wirtschaftlichen Dimension der OSZE sei und daß sie den Vorschlag, einen umfassenden Bericht über die Beschäftigungssituation von Frauen in den OSZE-Staaten durch die Parlamentarische Versammlung der OSZE erstellen zu lassen, nachdrücklich unterstütze.

X. Plenarsitzungen

Die Plenarsitzungen fanden am Nachmittag des 5. Juli 1997 sowie am 8. Juli 1997 statt.

Zu Beginn der Plenarsitzung am Nachmittag des 5. Juli 1997 hielt der Vorsitzende des Internationalen Olympischen Komitees (IOK), **Juan Antonio Samaranch**, eine Ansprache an die versammelten OSZE-Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Vorgestellt wurde er vom Präsidenten als eine große Persönlichkeit, die für Frieden und Verständigung zwischen den Völkern stehe. In dieser Hinsicht habe der Sport schon immer eine äußerst wichtige Rolle gespielt. Dieses aufgreifend, stellte der Präsident des IOK eingangs heraus, daß sich seine Organisation stets darum bemüht habe, den Sport in den Dienst von einem friedlichen und harmonischen Miteinander der Völker zu stellen. Sport habe schon immer auch eine politische und gesellschaftliche Relevanz gehabt, was nunmehr im Vertrag von Amsterdam ausdrücklich anerkannt werde. Sport könne einerseits als Indikator internationaler Entspannung gesehen werden

– so zum Beispiel als bei den Olympischen Spielen in Barcelona nach einer Phase der Boykotte erstmalig wieder alle Länder Delegationen entsandten –, aber unter Umständen auch demokratische Entwicklung beschleunigen, wie es wohl bei den Olympischen Spielen 1984 in Seoul der Fall gewesen sei. 1994, im von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Jahr des Sports, das auch das Jahr des 100. Geburtstages des Internationalen Olympischen Komitees markiert habe, sei eine von 164 Staaten unterstützte Entschließung verabschiedet worden, die die Aufforderung an alle Staaten enthielt, das olympische Ideal in die Praxis umzusetzen. Diesen Appell wolle er erneuern und den OSZE-Parlamentariern mit auf den Weg geben; denn Sport im Sinne der olympischen Idee befördere den wechselseitigen Respekt und die Herausbildung einer Kultur des friedlichen Wettbewerbs.

Im Anschluß an diese Ansprache fand die Verleihung des OSZE-Preises für Journalismus und Demokratie statt (siehe oben V.). Daran schlossen sich ein kurzer Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit und Aktivitäten des Internationalen Sekretariats der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und ein ebenfalls kurz gehaltener Bericht des Schatzmeisters, Sir Peter Emery, über die finanzielle Situation der Versammlung an.

Zu Beginn der Plenarsitzung am 8. Juli 1997 berichtete die Koordinatorin der OSZE für die albanischen Parlamentswahlen, **Catherine Lalumière**, Mitglied des Europäischen Parlaments, über die Beobachtung dieser Wahlen und die hierbei praktizierte gute Zusammenarbeit der Sir Russell Johnson, dem Leiter der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Javier Ruperez, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, und ihr selbst bestehenden Troika. Eingangs zeichnete sie kurz die Entwicklung der Situation in Albanien nach – vom Zusammenbruch der betrügerischen Anlagegesellschaften, mit dem die Krise in Albanien ihren Ausgangspunkt nahm, über den Ausbruch der Unruhen mit vielen Toten bis hin zur Beauftragung von Dr. Franz Vranitzky als persönlichem Vertreter des amtierenden Vorsitzenden der OSZE in Albanien, dem es schließlich gelungen sei, einen politischen Vertrag zwischen den beteiligten Parteien zustande zu bringen, der insbesondere auch die Durchführung neuer Wahlen beinhaltete. Die Wahlen seien dann in erster Linie durch die albanischen Behörden, allerdings unterstützt durch die Troika, vorbereitet worden. Wenn es auch im Vorfeld vielfachen Anlaß zu großer Besorgnis gegeben habe, so sei doch im Endeffekt, insbesondere auch dank der multinationalen Schutztruppe, die Sicherheitslage am Wahltag akzeptabel gewesen. Die Wahlbeteiligung habe zwischen 72 % und 73 %, also relativ hoch, gelegen; und die mehr als 500 internationalen Beobachter, von denen über 100 durch die Parlamentarischen Versammlungen von OSZE und Europarat, die Nordatlantische Versammlung und nationale Parlamente entsandte Abgeordnete gewesen seien, wären einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wahlen zumindest als „angemessen und annehmbar“ (adequate und acceptable) bezeichnet werden könn-

ten. Zwar habe es durchaus schwerwiegende Zwischenfälle gegeben, und das Wahlgesetz sei auch nicht zu 100 % angewandt worden. Doch hätten die Wahlen unbestreitbar eine legale Basis gehabt, und Regierung und Präsident hätten das ihrige zu einer ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen beigetragen. Gerade auch die hohe Wahlbeteiligung spreche dafür, daß die Bürgerinnen und Bürger Albaniens bei den Wahlen ihren Willen frei und ungehindert zum Ausdruck bringen konnten. Vor diesem Hintergrund müsse das Ergebnis – der Wahlsieg der Sozialisten, der im übrigen mittlerweile auch von allen akzeptiert werde – als legitim und tatsächlich den Willen der Mehrheit des Volkes zum Ausdruck bringend angesehen werden. Gleichwohl wisse man natürlich, daß die Wahlen nicht den demokratischen Standards entsprochen hätten, die ansonsten in den Mitgliedstaaten der OSZE und insbesondere den etablierten westlichen Demokratien angelegt würden. Doch hätte die Alternative nicht in wirklich freien und fairen Wahlen, sondern darin gelegen, überhaupt keine Wahlen durchzuführen – und da seien die immerhin angemessen und annehmbar verlaufenen Wahlen auf jeden Fall die vorzugswürdige Lösung gewesen. Nunmehr müsse es darum gehen, den Zustand des Chaos zu verlassen, stabile staatliche Strukturen aufzubauen und einen Weg der – auch ökonomischen und finanziellen – Reformen und Konsolidierung zu beschreiten. Die Ausführungen Frau Lalumières wurden durch Sir **Russell Johnson** bestätigt. Dieser dankte insbesondere auch noch einmal Dr. Vranitzky für sein großes und vorbildliches Engagement, das in den Wahlen einen ersten erfolgreichen Abschluß gefunden habe. Die Wahlen seien ein durchaus ermutigendes Ereignis gewesen. Doch müßten alle wissen, daß die Zukunft noch große Schwierigkeiten bereithalte. Die Wirtschaft in Albanien liege total darnieder; es gebe kaum Beschäftigung und so gut wie keine Infrastruktur mehr. Hier sei die internationale Gemeinschaft gefordert, da Albanien insoweit großer Unterstützungen bedürfe. Abschließend ergänzte Präsident **Javier Ruperez** die Ausführungen der anderen zwei Troika-Mitglieder noch um ein Dankeschön an die Länder, die Soldaten für die multinationale Schutztruppe zur Verfügung gestellt hatten, insbesondere Italien. Lobend erwähnte er auch die sehr gute Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen an der Wahlbeobachtung beteiligten internationalen Organisationen. Die Lektion, die Albanien wie auch Bosnien und Herzegowina lehrten, sei, daß Wahlen, auch wenn sie nicht perfekt seien, einen äußerst wichtigen Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung demokratischer Strukturen in einem Land darstellten.

Sodann fand unter Leitung von **Vizepräsident Lamentowicz** die Generaldebatte über aktuelle Themen statt. In dieser Debatte wurde eine große Bandbreite unterschiedlicher Themen von der NATO-Osterweiterung und der Situation in einzelnen Krisenregionen des Vertragsgebiets über die Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung der unterschiedlichen Sicherheitsorganisationen in Europa, die Kooperation zwischen exekutiver OSZE und Parlamentarischer Versammlung sowie die Weiterentwicklung und Effektivierung der Arbeit der eigenen Organisation bis

hin zur Bedeutung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bzw. von Demokratie und Menschenrechten für Sicherheit und Stabilität angesprochen. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** thematisierte die Lage im Kaukasus und in Zentralasien und wies darauf hin, daß hierin eine große Herausforderung für die europäische Sicherheit im nächsten Jahrhundert liege. Es gehe nicht an, daß einige Mitgliedstaaten sich einerseits den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen verschrieben hätten, andererseits aber mit zuständig seien für die Spannungen im Kaukasus, in Zentralasien und Afghanistan. An diese wolle er appellieren, jetzt zum Frieden beizutragen, indem sie zum Beispiel auch den kaukasischen und zentralasiatischen Staaten die Kommunikationswege und Transportrechte, die sie ihnen bisher vorenthalten hätten, öffneten. Der Blick müsse sich aber auch noch weiter nach Osten richten. Denn mit der Rückkehr von Hongkong nach China sei eine neue Ära angebrochen, die den Dialog mit und die Integration von China noch stärker als bislang erforderlich mache, um einen guten und friedlichen Übergang ins nächste Jahrhundert zu gewährleisten. Die Abgeordnete **Katrin Fuchs** versuchte, aus den Diskussionen der vorangegangenen Tage Punkte herauszugreifen, die die OSZE-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier in ihren Heimatländern weiterverfolgen könnten. Als ersten solchen Punkt benannte sie die Abrüstung von atomaren, aber auch konventionellen Waffen. KSE-1 sei eine Erfolgsstory gewesen. Nunmehr aber müsse diese bei den Verhandlungen in Wien fortgesetzt werden. Insoweit appelliere sie an ihre Kolleginnen und Kollegen, auf ihre jeweiligen Regierungen zu Hause entsprechenden Druck in diese Richtung auszuüben. Bei dem zweiten Feld, in dem sie Handlungsbedarf sehe, handele es sich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Frauenarbeitslosigkeit. Hier habe das Parlamentarierinnentreffen am 5. Juni 1997 ein gutes Dokument hervorgebracht, von dem sie hoffe, daß es eine weitere Verbreitung finden werde. Sie bedauere es sehr, daß unter den Delegierten zu den Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlungen der OSZE außerordentlich wenige Frauen seien. Deshalb appelliere sie an alle nationalen Delegationen, in Zukunft wenigstens eine, möglichst aber mehrere Frauen in ihre Delegationen aufzunehmen. Als dritten und letzten Punkt thematisierte Abgeordnete Fuchs den Umstand, daß einerseits allenthalben die Unzulänglichkeit und Unwirksamkeit von OSZE-Institutionen beklagt werde, andererseits aber die Mittel versagt würden, die erforderlich seien, um eine gute und effiziente Arbeit zu ermöglichen. Hier müßten sie alle als Parlamentarierinnen und Parlamentarier Druck auf ihre Regierungen ausüben, damit diese das notwendige qualifizierte Personal und die erforderlichen Sachmittel zur Verfügung stellten, damit die OSZE tatsächlich die Schlüsselrolle spielen könne, die sie ihr alle im Hinblick auf die Garantie von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa zuwiesen. Der Abgeordnete **Kurt Rossmann** meinte, man sollte nicht immer nur auf Mängel und Unzulänglichkeiten in der eigenen Arbeit verweisen, sondern auch die Erfolge herausstellen, die man aufzuweisen habe. Dies gelte insbesondere für den Bereich der Wahlbeobachtung, wo man Akzente gesetzt und dazu beige-

tragen habe, daß Wahlen heute im großen und ganzen frei und fair abliefen. In anderen Bereichen hingegen gebe es noch einiges zu tun, so zum Beispiel insbesondere bei den Menschenrechten, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Dimension. In letzterer Hinsicht gehe es darum, einen sich auf gemeinsame Standards und Werte gründenden einheitlichen Wirtschaftsraum von Wladiwostock bis Vancouver zu schaffen. Dieser Wirtschaftsraum müßte ein hohes Maß an Rechtssicherheit beinhalten, den Schutz von Investitionen und die Handelsfreiheit anerkennen und auf die Verwirklichung von Zielen wie einem hohen Beschäftigungsgrad, Geldwertstabilität, stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht ausgerichtet sein. Nur so könne man leistungsfähige soziale Marktwirtschaften mit gemeinsamen Standards innerhalb eines gemeinsamen Prinzipien verpflichteten Wirtschaftsraums aufbauen. Der Abgeordnete Prof. **Gert Weisskirchen** mahnte seine Kolleginnen und Kollegen, sich auf diejenigen Kontroversen zu konzentrieren, in denen sie als Parlamentarier auch tatsächlich Einfluß nehmen könnten. Als Parlamentarier seien sie auch Bindeglied zwischen den Regierungen und der Zivilgesellschaft – mit größeren Freiräumen, als sie die Regierungen bzw. intergouvernementale Organisationen hätten. Diese sollten sie nutzen, um zwischen dem Staat und den Gruppen der Zivilgesellschaft zu vermitteln und letzteren im politischen Prozeß Gehör zu verschaffen. Dabei dürften sie sich als Parlamentarier durch diejenigen, die an die Macht kommen oder ihre Macht ausbauen wollten, weder be- oder ausnutzen noch instrumentalisieren lassen. Vielmehr müßten sie überall dort, wo Institutionen der Demokratie in Gefahr geraten, Partei ergreifen und sich einsetzen für die Demokratie und die zivilgesellschaftlichen Gruppen. Der Abgeordnete **Ludger Volmer** meinte, gerade in einem Moment, wo die NATO vor der Erweiterung stehe und mit der NATO-Rußland-Grundakte ein neuer Pfeiler in die europäische Sicherheitsarchitektur eingezogen worden sei, wäre es wichtig gewesen, im Einklang mit der Gipfelerklärung von Lissabon die OSZE als zumindest gleichberechtigten Pfeiler der europäischen Sicherheitsordnung herauszustellen. Abgeordneter Volmer hob hervor, daß viele Delegierte weniger als Vertreter ihres Landes denn als Repräsentanten einer bestimmten politischen Richtung sprächen. Insoweit wolle er auch den vom Ständigen Ausschuss eingesetzten Unterausschuss zur Überprüfung der Geschäftsordnung bitten, zum einen Möglichkeiten einer Ausdehnung der Redezeit im Plenum zu diskutieren, damit alle Abgeordneten die Möglichkeit erhielten, zu den zahlreichen und vielfältigen Problemen unserer Zeit zu sprechen, zum anderen aber auch eine Stärkung der politischen Gruppen ins Auge zu fassen. Wirkliche Internationalität komme lediglich dann zustande, wenn sich die Parlamentarier nicht länger primär als Abgeordnete eines bestimmten Landes verstünden, sondern sich unter Überwindung nationaler Interessen in internationalen Gruppen ähnlicher politischer Ausrichtung zusammenfänden. Der Abgeordnete **Helmut Rauber** widmete seine Rede hauptsächlich der NATO-Erweiterung und betonte in diesem Zusammenhang, daß es hier um das Selbstbestimmungsrecht der Völker

gehe, welches auch beinhalte, sich einem Bündnis seiner Wahl anzuschließen. Die NATO stelle ein defensives, auf gemeinsamen Werten beruhendes Verteidigungsbündnis dar, in welches nur solche Staaten aufgenommen würden, die bestimmten Kriterien genügten. Man sei sich darin einig, daß durch die NATO-Osterweiterung keine neuen Trennungslinien entstehen dürften. Dies werde aber auch nicht der Fall sein, weil man mit der NATO-Rußland-Grundakte und dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat über zwei Instrumente zur Einbindung der Russischen Föderation sowie derjenigen mittel- und osteuropäischen Staaten verfüge, die (noch) nicht Mitglied der NATO seien. NATO und OSZE dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es gehe hier nicht um ein „Entweder/Oder“, sondern um ein „Sowohl als auch“.

Im Anschluß an die Generaldebatte erhielten die Vertreter anderer interparlamentarischer Organisationen Gelegenheit zu kurzen Grußadressen an die versammelten OSZE-Parlamentarier. Von dieser Möglichkeit machten als Vertreter der Nordatlantischen Versammlung deren Schatzmeister, Sir **Geoffrey Johnson Smith**, der Vorsitzende des Politischen Ausschusses der Versammlung der Westeuropäischen Union, **Jacques Baumel**, und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Rates der Schwarzmeer-Anrainerstaaten, **Dumitru Motpan**, Gebrauch.

Als nächstes stand die Debatte über den vom Ständigen Ausschuss der Plenarversammlung direkt überwiesenen Resolutionsentwurf zu dem Konflikt in Abchasien, Georgien, auf der Tagesordnung. Nach einer eher kurzen Debatte unter Beteiligung zweier Sprecher aus Georgien, eines armenischen und eines französischen Abgeordneten wurde die Resolution ohne jegliche Änderung einstimmig angenommen. Sie ist im Anhang (S. 46) abgedruckt.

Anschließend stellten die Berichterstatter der drei Ausschüsse – der ukrainische Abgeordnete **Anton Buteiko** für den Ausschuss für politische Angelegenheit und Sicherheit, der kanadische Senator **William Kelly** für den Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt und die niederländische Abgeordnete **Guikje Roethof** für den Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen – Verlauf und Ergebnis der Diskussion in ihren Ausschüssen dar. Zusätzlich präsentierte die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Prof. Dr. **Rita Süßmuth**, in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende eines Unterausschusses des Wirtschaftsausschusses zu dem Projekt einer „OSZE-Wirtschaftscharta“ den in die Form eines Resolutionsentwurfes gekleideten Vorschlag für den Text eines solchen Dokuments, den der Wirtschaftsausschuss zuvor mit großer Mehrheit angenommen hatte (siehe oben VII.). Die Bundestagspräsidentin wies darauf hin, daß sie das Projekt der OSZE-Wirtschaftscharta deshalb so hartnäckig verfolgt habe, weil es mittlerweile Konsens sei, daß ein umfassendes Sicherheitskonzept ohne wirtschaftliche Komponente nicht tragbar sei. Dies ergebe sich zwar auch aus den Dokumenten der Bonner Konferenz von 1990 bzw. des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Lissabon im Dezember 1996. In der

Praxis aber sei die wirtschaftliche Dimension der OSZE immer noch unterbelichtet, und sie als Parlamentarier müßten hier ihren Einfluß ausüben, um dafür zu sorgen, daß die wirtschaftliche Dimension endlich den ihr gebührenden Stellenwert eingeräumt erhalte. Hierzu könne die „OSZE-Wirtschaftscharta“ einen wichtigen Beitrag leisten. Durch die Verständigung auf gemeinsame Prinzipien wie auch gemeinsame Standards und Regeln für den Wirtschaftsprozess im OSZE-Raum könnte der Aufbau leistungsfähiger und zukunftsorientierter Volkswirtschaften wesentlich erleichtert werden. Es sollte nicht die Arbeit der existierenden internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen verdoppelt werden. Vielmehr sei es ihr Ziel, daß sich die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung der Expertise dieser Organisationen bedienen und sich ihrerseits auf das OSZE-spezifische Element der wirtschaftlichen Zusammenarbeit konzentrierten, nämlich Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich auch und gerade unter dem Sicherheits- sowie dem Demokratieaspekt zu betrachten und den konfliktpräventiven Charakter wirtschaftlicher Kooperation deutlich zu machen. Vor diesem Hintergrund sollte auf der nächsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli 1998 in Kopenhagen die von ihrem Unterausschuß erarbeitete und bereits auf dieser Jahrestagung mit großer Mehrheit durch den Wirtschaftsausschuß angenommene OSZE-Wirtschaftscharta verabschiedet werden. Dies sagte Präsident Javier Ruperez zu.

Auch der Menschenrechtsausschuß unter Vorsitz des deutschen Abgeordneten **Freimut Duve** legte der Plenarversammlung ein weiteres Papier vor. In diesem Papier hatte Abgeordneter Duve die Ergebnisse der Ausschußdiskussion zur Lage in der Türkei und in Belarus bzw. insbesondere die vom Ausschuß daraus gezogenen Schlußfolgerungen zusammengefaßt. Dennoch sollte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Sachen Türkei Briefe an den türkischen Präsidenten, den türkischen Premierminister und den türkischen Parlamentspräsidenten schreiben, die u. a. die Forderung nach einer sofortigen Freilassung der vier inhaftierten früheren türki-

schen Parlamentarier beinhalteten, und Vertreter türkischer und europäischer Menschenrechtsorganisationen sollten eingeladen werden, auf der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kopenhagen 1998 zu deren Menschenrechtsausschuß zu sprechen. Im Hinblick auf Belarus sollte die Versammlung die Entscheidung treffen, eine Mission ähnlichen Zuschnitts wie die zurückliegende Türkei-Mission nach Belarus zu entsenden, um dort die allgemeine Menschenrechtslage, einschließlich der Rechte des Parlaments, zu überprüfen. Das Papier und die in ihm enthaltenen Empfehlungen wurden allerdings aus geschäftsordnungsrechtlichen Gründen nicht zur Erörterung und Beschlußfassung zugelassen.

Zum Abschluß ihrer Sechsten Jahrestagung verabschiedeten die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit überwältigender Mehrheit – bei 3 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen – das Schlußdokument der Tagung, die Erklärung von Warschau (s. Anhang, S. 23)

XI. Wahl des Präsidiums

Der bisherige Präsident der Versammlung, der spanische Abgeordnete **Javier Ruperez**, wurde von den Mitgliedern der Versammlung ohne Gegenstimme für ein weiteres Jahr in seinem Amt bestätigt. Der derzeitige Schatzmeister, Sir **Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), wurde ebenfalls einstimmig für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Darüber hinaus wählten die Mitglieder der Versammlung fünf neue Vizepräsidenten in das Präsidium. Der deutsche Abgeordnete **Willy Wimmer** wurde mit der höchsten Stimmenzahl für drei weitere Jahre in seinem Amt als Vizepräsident bestätigt. Des weiteren wurden der russische Parlamentspräsident **Gennady Seleznev** und die polnische Abgeordnete **Irena Lipowicz** zu Vizepräsidenten mit einer Amtsdauer von drei Jahren gewählt. Der kanadische Abgeordnete **Bill Graham** und der französische Abgeordnete **Claude Estier** wurden zu Vizepräsidenten mit einer zweijährigen Amtsdauer gewählt.

Bonn, den 2. September 1997

Prof. Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Bundestages



WARSCHAUER ERKLÄRUNG

VERABSCHIEDET VON DER

PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE

WARSCHAU, 8. JULI 1997

**WARSCHAUER ERKLÄRUNG
DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE**

8. Juli 1997

PRÄAMBEL

1. Wir, die Parlamentarier der OSZE-Teilnehmerstaaten, sind vom 5. bis 8. Juli 1997 als parlamentarische OSZE-Institution in Warschau zusammengetreten, um die Entwicklungen im Bereich der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu beurteilen und unsere Ansichten den OSZE-Ministern darzulegen.
2. Wir wünschen dem nächsten OSZE-Ministerratstreffen, das im Dezember 1997 in Kopenhagen stattfindet, viel Erfolg und bringen ihm die folgenden Erklärungen und Empfehlungen zur Kenntnis.

KAPITEL I

(POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND SICHERHEIT)

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

3. unter Hinweis darauf, daß die Durchführung der in der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa und anderen OSZE-Dokumenten verankerten Prinzipien und Verpflichtungen die Grundlage für die Tätigkeit der OSZE ist und daß die internationale Bedeutung der OSZE und deren Einfluß auf die Geschehnisse in der Region am Durchführungsprozeß gemessen wird,
4. mit nachdrücklichem Hinweis auf die überragende Bedeutung der Aufgaben der OSZE im Bereich der vorbeugenden Diplomatie, bei der Konfliktverhütung, bei der Ausweitung und Entwicklung einer weitreichenden Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten, beim Aufzeigen spezifischer neuer Risiken und Herausforderungen und bei der Stärkung ihrer Fähigkeit, diesen zu begegnen,
5. insbesondere in Erkenntnis der Notwendigkeit, die Verpflichtungen im politisch-militärischen Sicherheitsbereich sowie jene in bezug auf die Achtung der Menschenrechte, die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie das Völkerrecht und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten vollständig durchzuführen,
6. in der Überzeugung, daß es potentielle Bedrohungen und Herausforderungen an die Souveränität und Sicherheit von Staaten von der OSZE erfordern, daß sie der konsequenten Durchführung der in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Prinzipien besonderes Augenmerk widmet,
7. in Bekräftigung der in Prinzip I der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Verpflichtung zur Achtung des souveränen Rechts der Teilnehmerstaaten, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören, Vertragspartei bilateraler oder multilateraler Verträge zu sein oder nicht zu sein, einschließlich des Rechts, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein, und das Recht auf Neutralität zu haben,
8. mit nachdrücklichem Hinweis auf die oberste Pflicht der Teilnehmerstaaten, auf Verletzungen der OSZE-Verpflichtungen als ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten aufmerksam zu machen,
9. mit Besorgnis feststellend, daß die regelmäßige Überprüfung der OSZE-Durchführung durch die Teilnehmerstaaten, die entscheidend zur besseren Durchführung beigetragen hat, von der OSZE in den letzten Jahren mit weniger Nachdruck betrieben wird,
10. in Bekundung ihrer Besorgnis über die angebliche Nichteinhaltung vereinbarter Rüstungskontrollmaßnahmen,

11. mit der Feststellung, daß die Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsorganisationen in Bosnien und Herzegowina ein gutes Beispiel für ein gemeinsames Vorgehen zur Beilegung eines Konflikts ist, daß jedoch die Durchführung des zivilen Teiles des Übereinkommens von Dayton und die Normalisierung der Lage ebenfalls eine effiziente Zusammenarbeit notwendig machen, die noch nicht gegeben ist,
12. mit Genugtuung darüber, daß die OSZE bei der Wiedereingliederung Ostslawoniens, der Baranja und Westsirmiens nach Kroatien und bei der Förderung größerer Achtung für die Menschenrechte und Grundfreiheiten im gesamten Land, einschließlich des Rechts aller Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimatorte, eine größere Rolle spielen wird,
13. in der Überzeugung, daß die Bundesrepublik Jugoslawien aus der OSZE ausgeschlossen bleiben soll, bis sie erstens in Menschenrechtsfragen - insbesondere hinsichtlich des Kosovo - wesentliche Fortschritte vorzuweisen hat, zweitens der OSZE-Langzeitmission die Rückkehr gestattet und drittens mit dem Internationalen Gerichtshof zusammenarbeitet,
14. in der Überzeugung, daß bei der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen ein umfassender kooperativer Ansatz zur Anwendung kommen muß, der auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den Teilnehmerstaaten beruht,
15. mit Genugtuung über die Bemühungen um die Beilegung bestehender ungelöster Konflikte im OSZE-Gebiet,
16. mit der Feststellung, daß trotz dieser Bemühungen in den meisten Krisenherden der Region eine politische Regelung bei weitem noch nicht abgeschlossen ist und eines neuen Anstoßes bedarf - in erster Linie durch einen festeren politischen Willen der betroffenen Staaten,
17. in Kenntnisnahme der in Anwesenheit des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE erfolgten Unterzeichnung des Memorandums über die Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Transnistrien am 8. Mai 1997 durch Vertreter der Republik Moldau, Transnistriens sowie der Garantiestaaten Rußland und Ukraine und in der Hoffnung, daß dieser Schritt den fortdauernden Prozeß des vollständigen Abzugs der russischen Truppen und ihrer Waffen aus Moldau unterstützen wird,
18. mit nachdrücklichem Hinweis darauf, daß die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und enger Zusammenarbeit zwischen kürzlich unabhängig gewordenen Staaten und Staaten, die ihre Unabhängigkeit wiedererlangt haben, deutlich zur Stärkung von Stabilität und Sicherheit im OSZE-Gebiet beitragen wird,
19. in der Überzeugung, daß die endgültige Regelung der problematischen rechtlichen Festlegung des Grenzverlaufs zwischen einigen OSZE-Teilnehmerstaaten der Stabilität und Sicherheit in der Region dient,
20. in der Hoffnung, daß die Grenzen zwischen Staaten nicht zu neuen Trennlinien werden,

21. mit der Feststellung, daß die Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten ein Gebot unserer Zeit ist und daß ihre Umsetzung einer tiefgreifenden Demokratisierung der innerstaatlichen Beziehungen in den betroffenen Ländern bedarf, damit die Voraussetzungen für die vollständige Gleichstellung und freie Entwicklung aller Nationen und Angehörigen nationaler Minderheiten geschaffen werden,
22. ferner mit der Feststellung, daß die Verwirklichung des Prinzips der Selbstbestimmung in Form einer Abspaltung heute zu einer ernsthaften Bedrohung des Friedens und der Sicherheit von Staaten werden kann und daß dieses Prinzip ausschließlich mit friedlichen Mitteln, auf der Grundlage demokratischer, im Rahmen des innerstaatlichen Rechtssystems und völkerrechtlicher Normen gefaßter Beschlüsse und wenn irgend möglich unter Aufsicht der internationalen Gemeinschaft verwirklicht werden soll,
23. unter Betonung der Tatsache, daß das Recht auf Selbstbestimmung nicht auf der Verletzung der territorialen Integrität eines Staates beruhen oder Ergebnis einer solchen Verletzung sein darf,
24. in Bekundung ihrer Unterstützung für die Beschlüsse des Lissabonner Gipfeltreffens der OSZE, bei denen es sich um ein umfangreiches Aktionsprogramm der OSZE-Gemeinschaft handelt, auf dessen Grundlage den Herausforderungen und Bedrohungen für die Stabilität und Sicherheit in der Region wirksam begegnet und am gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert fruchtbringend gearbeitet werden kann,
25. in diesem Zusammenhang mit aufrichtiger Genugtuung über die Unterzeichnung der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation und die Unterzeichnung einer Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine,
26. mit aufrichtiger Genugtuung darüber, daß die Grundakte zwischen NATO und Russischer Föderation die Schlüsselrolle der OSZE für Frieden und Stabilität in Europa anerkennt und daß sich die Unterzeichnerstaaten bereit erklären, zur Stärkung der OSZE beizutragen,
27. in uneingeschränkter Unterstützung der Feststellung, daß der in der Grundakte zwischen der NATO und Rußland und der Charta zwischen der NATO und der Ukraine angesprochene interparlamentarische Dialog von großer Bedeutung ist,
28. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Durchführung der Verpflichtungen zur Festigung der europäischen Sicherheit eine breitestmögliche Zusammenarbeit und Koordination zwischen europäischen und euro-atlantischen Organisationen - OSZE, NATO, WEU, Europäische Union, Europarat - erfordert, in der Überzeugung, daß die OSZE ein besonders geeignetes Forum ist, das der wechselseitigen Zusammenarbeit und dem gegenseitigen Verständnis zwischen diesen einander ergänzenden und verstärkenden Institutionen zugute kommt,

29. mit Genugtuung über die erfolgreichen Bemühungen der OSZE mit Felipe González als Persönlichem Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden, dem Ergebnis der Kommunalwahlen in Serbien zur Anerkennung zu verhelfen,
30. fordert den Ministerrat der OSZE auf, bei seinem Treffen in Kopenhagen im Dezember 1997 die Ausarbeitung einer Europäischen Sicherheitscharta im Einklang mit dem Lissabonner Dokument 1996 zu erörtern und in dieser Angelegenheit einen konkreten und substantiellen Beschluß zu fassen, und verweist in diesem Zusammenhang auf die überaus wichtige Durchführung der Beschlüsse des Lissabonner Gipfeltreffens der OSZE hinsichtlich der Ausarbeitung einer Europäischen Sicherheitscharta - eines Grundpfeilers des kooperativen Sicherheitssystems für das einundzwanzigste Jahrhundert;
31. fordert den Ministerrat der OSZE nachdrücklich auf, bei seinem Treffen in Kopenhagen im Dezember 1997 neben der Ausarbeitung von Verfahrensregeln für einschlägige Gremien und Institutionen der OSZE Mittel und Wege zur Gewährleistung einer vollständigen Durchführung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu prüfen und dementsprechend die politische Regelung der Konflikte und Spannungen in der Region zu beschleunigen;
32. empfiehlt dem Ministerrat der OSZE in diesem Zusammenhang insbesondere,
- (a) zu prüfen, ob eine Expertenkonferenz ad hoc einberufen werden soll, um die bei der Durchführung der Grundprinzipien der OSZE gewonnenen Erfahrungen eingehend zu erörtern und entsprechende Empfehlungen auszuarbeiten,
 - (b) Instrumente und Verfahren zu konzipieren, die eine wirksame und angemessene Reaktion von Staaten und Sicherheitsorganisationen - etwa in Form eines gemeinsamen, integrativen Vorgehens - ermöglichen, wenn die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen verletzt wurden,
 - (c) dafür Sorge zu tragen, daß dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geeignete Vorschläge - unter anderem für wirtschaftliche und militärische Sanktionen - vorgelegt werden,
 - (d) den vom Stabilitätspakt für Europa in Gang gesetzten Prozeß zu vertiefen und in diesem Sinne die Gepflogenheit regionaler „Runder Tische“ im OSZE-Gebiet wieder aufleben zu lassen und auch dort einzusetzen, wo gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Vereinten Nationen und der OSZE erst hergestellt und gefestigt werden müssen,
 - (e) mit Unterstützung der Zentraleuropäischen Initiative einen weiteren „Runden Tisch“ für die Länder Mittel- und Osteuropas zu veranstalten,
 - (f) einen Erfahrungsaustausch zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten bezüglich der Regelung von territorialen Fragen und Grenzfragen anzuregen, vor allem in dem Bestreben, den kürzlich unabhängig gewordenen Staaten und Staaten, die ihre

Unabhängigkeit wiedererlangt haben, die notwendige Hilfe und Beratung zu bieten,

- (g) sich eingehender mit Vorschlägen über die Einrichtung eines Netzes von Forschungsinstitutionen zu befassen, das OSZE-Akademie oder OSZE-Institut für kooperative Sicherheit heißen könnte und allen Teilnehmerstaaten und ihren Völker zugute käme,
 - (h) sicherzustellen, daß künftige OSZE-Dokumente, einschließlich der Ergebnisse der Studie über ein Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert und einer möglichen künftigen Europäischen Sicherheitscharta, sinnvolle Bestimmungen enthalten, die bei unterlassener Durchführung ein Vorgehen über die Konsensus-minus-eins-Regel hinaus erlauben,
 - (i) zu prüfen, ob der OSZE echte Rechtsstellung verliehen werden kann, um der Durchführung der innerhalb der OSZE von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen größeren Nachdruck zu verleihen,
 - (j) den Teilnehmerstaaten naheulegen, den Inhalt der im Rahmen der OSZE eingegangenen politischen Verpflichtungen gegebenenfalls in ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften aufzunehmen, sowie in die internationalen Übereinkommen, die für diese Staaten rechtlich bindend sind,
 - (k) die subregionale Zusammenarbeit im OSZE-Gebiet zu erweitern und zu vertiefen, insbesondere im Mittelmeerraum im Hinblick auf die Schaffung einer den gesamten Mittelmeerraum umfassenden Organisation,
 - (l) zu regionalen und subregionalen Initiativen in Südosteuropa zu ermutigen, die zur Durchführung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in dieser Region und zur Einbindung der Teilnehmerstaaten in europäische und euro-atlantische Strukturen beitragen;
33. fordert den Ständigen Rat auf, die Überprüfung der Durchführung der Prinzipien und Verpflichtungen durch die OSZE-Teilnehmerstaaten weiterhin aufmerksam zu verfolgen;
34. ruft zu verstärkten Bemühungen auf, um die Durchführung des Übereinkommens von Dayton über Bosnien und Herzegowina mit den Prinzipien der OSZE in Einklang zu bringen, insbesondere jenen, die sich auf die territoriale Integrität der Staaten, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten beziehen, verlangt nachdrücklich, daß im Vorfeld der im September dieses Jahres stattfindenden Kommunalwahlen die Möglichkeit zur Ausübung der Freizügigkeit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit verbessert wird, und betont, daß ein militärisches Gleichgewicht nur dann herbeigeführt werden kann, wenn die vereinbarten Rüstungskontrollmaßnahmen eingehalten werden;
35. appelliert an alle OSZE-Teilnehmerstaaten,

- (a) die im Wiener Dokument über VSBM und im Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit festgelegten Verpflichtungen vollständig umzusetzen und zu verstärken,
 - (b) die Aufnahme der regionalen Rüstungskontrollverhandlungen zu empfehlen, die laut Artikel V von Anhang Ib des Friedensübereinkommens für Bosnien und Herzegowina unter der Schirmherrschaft der OSZE stattfinden sollen,
 - (c) den Verhandlungsprozeß zur Anpassung des KSE-Vertrags zu beschleunigen,
 - (d) ihre Bemühungen im Bereich der Abrüstung, einschließlich des Abbaus von Kernwaffen, zu verstärken;
36. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf,
- (a) den laufenden Prozeß der Ausarbeitung eines gemeinsamen Sicherheitsmodells für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert auf konstruktive und innovative Weise fortzusetzen,
 - (b) die sicherheitspolitischen Grundsätze jedes einzelnen und jeder Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten in ein gemeinsames und kooperatives Sicherheitsmodell ohne Trennlinien einzubinden, wie es vom Lissabonner Dokument vorgegeben wurde,
 - (c) das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) mit der Ausarbeitung eines umfassenden Abrüstungsvertrags zu betrauen, damit im OSZE-Gebiet kernwaffenfreie Zonen als Schritt in Richtung auf ein weltweites Verbot aller Kernwaffen geschaffen werden;
37. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, von den im Rahmen der OSZE bestehenden Verfahren zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten - insbesondere dem Vergleichs- und Schiedsgerichtshof - Gebrauch zu machen;
38. bekräftigt den im vergangenen Jahr von der Parlamentarischen Versammlung in Stockholm an die Teilnehmerstaaten der OSZE ergangenen Aufruf, einen Ansatz zu entwickeln, der einen steten gegenseitigen Informationsaustausch sowie enge Absprache und Koordination von Aktivitäten zwischen der OSZE und allen anderen mit sicherheitsrelevanten Fragen befaßten Institutionen gewährleistet, insbesondere da im Gefolge des NATO-Rußland-Gipfels vom 27. Mai 1997 noch mehr Koordination zwischen den einzelnen Institutionen erforderlich ist;
39. fordert die Sicherheitsinstitutionen auf, konstruktiv und gleichberechtigt, ohne hierarchische Ordnung oder übergeordnete Verantwortlichkeiten zusammenzuarbeiten und dadurch die jeweiligen Stärken der einzelnen Institutionen in Sachen Friedenssicherung und Stabilität im OSZE-Gebiet zu nutzen;

40. fordert die OSZE auf, ihre Institutionen - wie etwa das Konfliktverhütungszentrum, das seine Tätigkeit nach den herrschenden politischen Gegebenheiten richten muß, - zu straffen und zu reorganisieren, da die Effizienz einzelner OSZE-Institutionen nicht als optimal betrachtet werden kann;
41. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, das Konfliktverhütungszentrum dahingehend auszubauen, daß es als beratendes Gremium für den Amtierenden Vorsitzenden und den Generalsekretär fungieren kann, indem es Informationen einholt und bewertet, bestehende oder mögliche Konfliktpotentiale im OSZE-Gebiet analysiert und Empfehlungen für eine entsprechende Vorgehensweise ausarbeitet;
42. erneuert den im vergangenen Jahr von der Parlamentarischen Versammlung in Stockholm an das Forum für Sicherheitskooperation ergangenen Auftrag, Fragen der präventiven und qualitativen Rüstungskontrolle zu prüfen, insbesondere was die Auswirkungen neuer Entwicklungen in der Rüstungstechnologie anbelangt;
43. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, im Zusammenhang mit dem Export von Waffen und Rüstung sicherzustellen, daß diese Exporte nicht zu einem Eskalieren regionaler Konflikte beitragen, und darüber hinaus einen Kodex für Waffenexporte und sogenannte „dual-use“-Produkte zu verfassen, und fordert die Teilnehmerstaaten der OSZE ferner auf, ein Waffenexportregister unter der Aufsicht der OSZE anzulegen, um für Transparenz im Transfer von Waffen und Rüstung zu sorgen;
44. fordert nachdrücklich die Umsetzung einer Industriepolitik und die Übernahme internationaler Vorschriften, die garantieren, daß die Herstellung von Antipersonenminen und gleichwertigen Waffen und der Handel mit diesen Produkten eingestellt werden;
45. appelliert an den belarussischen Präsidenten Lukaschenko, die Rechte des Parlaments wiederherzustellen, das Ende 1995 ordnungsgemäß aus demokratischen Wahlen hervorgegangen und somit das einzige rechtmäßige Parlament in Belarus ist;
46. begrüßt und unterstützt die zwischen der OSZE und dem Außenminister von Belarus vereinbarte Einrichtung eines Beratungs- und Überwachungsbüros in Minsk und verleiht ihrer Erwartung Ausdruck, daß dieses Büro einen seiner Schwerpunkte auf die Menschenrechtslage setzt, wobei die ungehinderte Zusammenarbeit mit Bürgerrechtsgruppen, die sich humanitären Fragen widmen, gewährleistet sein muß;
47. schlägt vor, sich damit auseinanderzusetzen, ein Treffen der Parlamentspräsidenten der OSZE-Teilnehmerstaaten einzuberufen, das Fragen in bezug auf die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Organisation und die Weiterentwicklung der OSZE-Normen und -Prinzipien unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse sowie des Standes der Durchführung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen überprüfen soll;
48. verurteilt jene Länder, die sich weigern, auf ihrem Territorium oder einem ihrer tatsächlichen Kontrolle unterstehenden Territorium lebende Personen, die angeklagt sind, während des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien Kriegsverbrechen begangen zu haben, festzunehmen und an den Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

- auszuliefern, und fordert die Verhängung wirtschaftlicher und politischer Sanktionen gegen diese Länder durch alle anderen OSZE-Staaten;
49. fordert die Behörden von Serbien und Montenegro auf, bis Ende 1997 die Voraussetzungen für freie und gerechte Wahlen zu schaffen und die Ergebnisse dieser Wahlen anzuerkennen;
 50. fordert die internationale Gemeinschaft auf, sich der Frage militärischer Ungleichgewichte infolge der angeblichen Nichteinhaltung vereinbarter Rüstungskontrollmaßnahmen zu widmen;
 51. fordert die Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten auf, unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Lissabonner Gipfeltreffens der OSZE einen konstruktiven und nützlichen Beitrag zur Ausarbeitung einer Europäischen Sicherheitscharta zu leisten;
 52. kommt überein, daß die Überprüfung der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen ein ständiger Bestandteil der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sein wird; und
 53. fordert die Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten auf, sich für eine verstärkte Durchführung der Grundprinzipien der OSZE - insbesondere jener in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen - und für die praktische Umsetzung der in dieser Entschliebung enthaltenen Empfehlungen einzusetzen.

KAPITEL II

(WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN, WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND UMWELT)

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

54. in der Erkenntnis, daß die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und die Hilfe für Länder, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft befinden, seit der Unterzeichnung der Charta von Paris im Jahr 1990 Ziele der OSZE sind,
55. in Anbetracht der Tatsache, daß die OSZE im Bereich der wirtschaftlichen Dimension derzeit nicht tatkräftig genug ist,
56. im Bewußtsein der Tatsache, daß die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Ländern Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion sehr verschieden ist,
57. im Wissen darum, daß die unterschiedlichen Erfolge der Reformstaaten auf die wirtschaftlichen Erfahrungen der Vergangenheit, den Stand der Infrastruktur, die Qualifikation der Arbeitskräfte, die Nähe zu westlichen Märkten, das Ausmaß der politischen Stabilität, den Reformwillen der Regierung und den Umfang an internationaler Hilfe und Auslandsinvestitionen zurückzuführen sind,
58. bestärkt durch den Umstand, daß in vielen Reformstaaten damit begonnen wurde, für die Bereiche Eigentum, Verträge, Insolvenzen, Auslandsinvestitionen, Besteuerung und Wettbewerb Gesetze zu verfassen und zu erlassen,
59. allerdings angesichts der Tatsache, daß erst wenige Reformstaaten wirksame Kontrollmechanismen zur Umsetzung und Durchsetzung dieser Reformen entwickelt haben,
60. in Anerkennung der breit angelegten Programme für Informationsaustausch und Anpassung, die zwischen der Europäischen Union und jenen Reformstaaten, die den Beitritt zur Europäischen Union anstreben, durchgeführt wurden,
61. angesichts der Tatsache, daß die Unterstützung an die Länder Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion über drei Kanäle erfolgt: multilaterale Hilfe über internationale Finanzinstitutionen (IFI), bilaterale Hilfe in Form von Krediten und technischer Unterstützung sowie private Investitionen,
62. besorgt darüber, daß das Ausmaß der privaten Investitionen und der Hilfe staatlicher Stellen über nationale oder internationale öffentliche Organisationen an die Reformstaaten nicht für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in diesen Staaten ausreicht,
63. mit nachdrücklichem Hinweis darauf, daß die Reformstaaten gleichzeitig mit den Reformen einen klaren, durchschaubaren und stabilen rechtlichen Rahmen schaffen müssen,

64. besorgt über den Einsatz von Blockaden als politisches Druckmittel, insbesondere in bezug auf humanitäre Hilfsgüter, was für Länder, deren Wirtschaft sich im Übergangsstadium befindet, besonders gefährlich ist,
65. in der Erkenntnis, daß regionale Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion ihr Potential noch nicht voll ausschöpfen,
66. angesichts der Tatsache, daß infolge der mangelhaft organisierten Grenzabfertigung und der unzureichenden Infrastruktur der Personen- und Warenfluß an einigen wichtigen Grenzübergängen bei weitem noch nicht effizient ist, was die Wartezeiten anbelangt, die wiederum zu finanziellen Einbußen führen,
67. allerdings in der Überzeugung, daß die Entwicklung der Infrastruktur, die Spezialisierung der Industrie, die Weitergabe von Informationen, die Streitbeilegung und der Umweltschutz ohne regionale Zusammenarbeit undenkbar sind,
68. angesichts der Tatsache, daß zur Förderung des Know-how- und Technologietransfers eine Intensivierung der Zusammenarbeit und des Austauschs auf allen Gebieten von Wissenschaft und Forschung erforderlich ist,
69. in der Überzeugung, daß der gegenwärtige Übergang die Chance bietet, der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten und zu einer umweltverträglicheren wirtschaftlichen Entwicklung zu gelangen,
70. in der Erkenntnis, daß eine Aufnahme der Reformstaaten in die Welthandelsorganisation für das Welthandelssystem von Vorteil wäre,
71. besorgt über den Zustand von Kernreaktoren mit veralteter Bauweise und Technologie und deren offensichtliche Gefahren für die Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sowie in westeuropäischen Ländern,
72. mit Genugtuung über den beim G8-Treffen in Denver gefaßten Beschluß, die Stilllegung des Kernkraftwerks Tschernobyl finanziell zu unterstützen,
73. angesichts der Tatsache, daß sowohl die Reformstaaten als auch die westlichen Industriestaaten einiges leisten müssen, um den wirtschaftlichen Zielvorstellungen der OSZE gerecht zu werden,

Prioritäten für die Reformstaaten

74. fordert die Reformstaaten nachdrücklich auf, ihre Bemühungen weiterhin auf die Entwicklung eines stabilen privaten Banksektors, den Schutz des Eigentums und der Umwelt, die Fusionskontrolle, kartellrechtliche Maßnahmen, den Verbraucherschutz, das Urheberrecht und das Recht auf geistiges Eigentum sowie ein gerechtes, verlässliches und angemessenes Steuersystem zu konzentrieren;

75. fordert die Regierungen der Reformstaaten auf, Lenkungs- oder Kontrollgremien zu schaffen, die die Reformen beaufsichtigen, die Fortschritte im Umweltbereich überwachen und Eingriffe des Staates, Wirtschaftskriminalität und Korruption wachsam verfolgen;
76. fordert die Reformstaaten nachdrücklich auf, subregionale Organisationen und Institutionen, die im OSZE-Gebiet eine Rolle spielen, zu stärken;
77. legt den Reformstaaten nahe, den Handel innerhalb ihrer Region zu intensivieren und Zölle und Handelshemmnisse weiter abzubauen;
78. fordert jene Reformstaaten, die gegeneinander wirtschaftliche Sanktionen verhängt haben, auf, von dieser Praxis abzugehen und dadurch die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen untereinander beträchtlich zu fördern und zu deren rascher Entwicklung beizutragen;
79. legt jenen Reformstaaten, die den Beitritt zur Europäischen Union anstreben, nahe, ihre Wirtschaftsgesetze und Umweltvorschriften so anzupassen, daß sie künftig am Binnenmarkt der Europäischen Union teilnehmen können;
80. fordert die Regierungen der Reformstaaten auf, die Grenzabfertigung und die Infrastruktur an den Grenzübergängen zu reorganisieren, um die Wartezeiten an den Grenzübergängen für Personen und Waren auf ein Mindestmaß zu beschränken;

Prioritäten für die westlichen Industriestaaten und die internationalen Wirtschafts-institutionen

81. fordert die internationale Gemeinschaft auf, Überschneidungen internationaler Initiativen durch Straffung der Bemühungen und Verbesserung der Koordination zwischen den westlichen Institutionen und Staaten zu verringern;
82. fordert alle Staaten nachdrücklich auf, auf eine bestandfähige Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen zu achten und zu diesem Zweck Gesetze, Institutionen und Verfahren einzuführen;
83. ermutigt zu besserer Koordinierung zwischen den internationalen Finanzinstitutionen, um einen zielgerichteteren Hilfsplan für die Reformstaaten auszuarbeiten;
84. fordert die finanzierenden Institutionen, wie etwa die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, nachdrücklich auf, regionalen und subregionalen Organisationen bei der Schaffung der finanziellen Grundlage für die Durchführung von Programmen und Initiativen zu helfen;
85. fordert die Geberländer und die westlichen Wirtschaftsinstitutionen auf, die Auslandshilfe auf den Ausbau der Institutionen, die Schulung von Fachkräften und die technische Hilfe zu konzentrieren, damit die Reformstaaten besser in der Lage sind, Marktreformen und Grundsätze für eine bestandfähige Entwicklung zu verwirklichen;

86. ersucht die westlichen Industriestaaten und die internationalen Finanzinstitutionen, im Zuge der Hilfeleistung an südosteuropäische Länder den Umstand zu berücksichtigen, daß einige dieser Länder infolge der strikten Einhaltung der Sanktionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen während der Krise im ehemaligen Jugoslawien (1992 - 1996) erhebliche finanzielle Einbußen erlitten haben, ohne dafür einen nennenswerten Ausgleich erhalten zu haben;
87. fordert die westlichen Staaten und die internationalen Finanzinstitutionen nachdrücklich auf, gemeinsam die geeigneten finanziellen Mittel und die geeignete technologische Unterstützung für die Stilllegung oder Reparatur veralteter und gefährlicher Kernreaktoren in Mittel- und Osteuropa, den baltischen Staaten, in Rußland und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die in zunehmendem Maße zu einer Bedrohung für die Umwelt werden, zu erörtern und zu suchen, um Ersatz für Kernkraftwerke, soweit wie möglich durch erneuerbare Energiequellen in Kombination mit Energiesparmaßnahmen und Maßnahmen zur Steigerung des Wirkungsgrades, zu schaffen;
88. ist sich dessen bewußt, daß beim Einsatz von Kernenergie der Sicherheitsfaktor und die vollständige Umsetzung der diesbezüglichen Übereinkommen absoluten Vorrang haben, und betont, daß in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion weitere wesentliche Fortschritte notwendig sind, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung von Institutionen, die über Vollzugsgewalt und Kontrollfunktionen verfügen, auf größere Zuverlässigkeit der Reaktoren und verbesserte Sicherheitsvorschriften;
89. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten, die einschlägigen Organisationen und Finanzinstitutionen auf, sich verstärkt um eine effiziente Hilfeleistung im Hinblick auf die Beseitigung der Folgen des Unfalls von Tschernobyl und um die Warnung vor anderen technologischen Katastrophen in der OSZE-Region zu bemühen;
90. rät den Mitgliedern der Welthandelsorganisation, die neuen, marktwirtschaftlich orientierten Staaten als Mitglieder zuzulassen, um neue Handelsmöglichkeiten im Osten zu erschließen;
91. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, sich für die Weiterentwicklung internationaler Umweltschutzübereinkommen einzusetzen und die bereits vereinbarten internationalen Übereinkommen zu ratifizieren und umzusetzen. Von vorrangiger Bedeutung wäre die Ausarbeitung eines bindenden Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel, die Weiterentwicklung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und die Abfassung eines Protokolls für den Schutz der Wälder;
92. fordert die Europäische Union auf, sich in den kommenden Jahren auf eine Erweiterung um Mittel- und Osteuropa und die baltischen Staaten vorzubereiten;
93. betont die Notwendigkeit, den Reformstaaten einen besseren Zugang zu allen Außenmärkten zu bieten;
94. empfiehlt der OSZE die Stärkung ihrer wirtschaftsanalytischen Fähigkeit, um von der in anderen Organisationen (OECD, Weltbank, IWF, EBRD, Europäische Union usw.)

geleisteten Arbeit wirksam und ständig Gebrauch zu machen, und die Ergebnisse bekanntzumachen;

95. fordert die OSZE auf, Bedrohungen der Sicherheit, die sich aus Problemen im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich ergeben, sowie deren Ursachen und mögliche Folgen aufzuzeigen, mit dem Fernziel, daß die einschlägigen internationalen Institutionen geeignete Maßnahmen beschließen, um diesen Bedrohungen zu begegnen;
96. fordert die OSZE nachdrücklich auf, dem Wirtschaftsforum die Möglichkeit zu geben, sich effizient mit Wirtschaftsfragen auseinanderzusetzen, die für die OSZE-Teilnehmerstaaten relevant sind;
97. äußert den Wunsch, daß vor dem nächsten Ministerratstreffen in Kopenhagen ein hochqualifizierter OSZE-Vertreter bestellt wird, der die mit wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten der Sicherheit zusammenhängenden Vorgänge in der OSZE-Region beobachtet und potentielle Bedrohungen aufzeigt, zu internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen Verbindung hält, die wirtschaftspolitischen Grundsätze der OSZE formuliert und erforderlichenfalls bei Regierungen der Teilnehmerstaaten vermittelnd tätig wird;
98. erwartet, daß der Ministerrat der OSZE - im Einklang mit den von den Staats- und Regierungschefs in Budapest und Lissabon gefaßten Beschlüssen - ein eindeutiges Bekenntnis zur Stärkung der wirtschaftlichen Dimension der OSZE abgibt und dies durch geeignete Maßnahmen deutlich macht;
99. fordert den Ministerrat der OSZE auf, bis zur nächsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung einen Bericht über den Stand in der wirtschaftlichen Dimension vorzulegen;
100. fordert alle Teilnehmer nachdrücklich auf, der wichtigen Anregung, eine Parlamentarierkonferenz über subregionale Wirtschaftskooperation im Oktober 1997 nach Monaco einzuberufen, gebührende Beachtung zu schenken, da es sich dabei um einen Beitrag zur neuen Europäischen Architektur handelt;
101. regt die Errichtung einer Wirtschaftscharta der OSZE an, die einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung und Umsetzung der OSZE-Wertvorstellungen in der wirtschaftlichen Dimension leisten würde;
102. fordert die OSZE auf, zum Zwecke der Stärkung des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen sowie eines Verhaltenskodex für den Umweltbereich fortzusetzen und zu intensivieren; und
103. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten ferner auf, die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas weiterhin zu unterstützen, um deren Einbindung in die internationalen Strukturen der europäischen Zusammenarbeit zu beschleunigen.

KAPITEL III

(DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE FRAGEN)

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

104. unter Hervorhebung der Tatsache, daß es für alle OSZE-Staaten wichtig ist, sich für eine vollständige Durchführung ihrer Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension der OSZE einzusetzen,
105. beunruhigt über jeden Verstoß gegen diese Verpflichtungen,
106. mit nachdrücklichem Hinweis auf die Notwendigkeit, die auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beruhenden bürgerlichen Freiheiten zu stärken,
107. in der Erkenntnis, daß einzig und allein regelmäßig abgehaltene freie und gerechte Wahlen die Grundlage einer demokratischen Regierungsform sind,
108. unter Hervorhebung der Tatsache, daß man dort, wo es zu ethnischen Säuberungen gekommen ist, nur dann von freien und gerechten Wahlen sprechen kann, wenn alle Einwohner aus der Zeit vor dem Konflikt daran teilnehmen dürfen,
109. im Bewußtsein der Tatsache, daß Transparenz, Pluralismus, die Vermeidung von Medienkonzentrationen und die uneingeschränkte Verbreitung von Informationen für eine funktionierende Demokratie wesentlich sind,
110. in Anerkennung der Rolle der Medien und der Tatsache, daß diese aus der Demokratie und der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen im humanitären Bereich nicht wegzudenken sind,
111. unter Hinweis darauf, daß die Menschenrechte stets ein zentrales Anliegen der OSZE und bestimmend für deren historischen Beitrag zur Entwicklung der Demokratie in Europa waren,
112. allerdings mit der Feststellung, daß die Durchführung der OSZE-Normen und -Prinzipien im Bereich der menschlichen Dimension mit den wachsenden Herausforderungen unserer Zeit nicht Schritt hält (wovon viele Konflikte im OSZE-Gebiet zeugen),
113. fordert alle Staaten auf, die gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen einer vollständigen Bewertung zu unterziehen und mit internationalen Gremien, die Probleme bei der Durchführung feststellen, uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;
114. verweist erneut auf die Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension und auf die Fortschritte, die nach wie vor bei der Durchführung dieser Verpflichtungen gemacht werden;

115. verurteilt alle Verletzungen der Menschenrechte und fordert die Ahndung solcher Verstöße nach nationalem Recht und dem Völkerrecht;
116. verurteilt ethnische Säuberungen und Völkermord als besonders schwere Verletzung der Menschenrechte und fordert die strafrechtliche Verfolgung der Täter durch einen zuständigen internationalen Gerichtshof;
117. setzt sich nach wie vor ein für freie und gerechte Wahlen, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Information und die Religions- und Glaubensfreiheit als notwendige Bestandteile einer echten Demokratie sowie für alle anderen Aspekte der menschlichen Dimension;
118. fordert alle Teilnehmerstaaten auf, das Recht aller nationalen Minderheiten auf den Gebrauch ihrer eigenen Sprache und die Pflege ihrer eigenen Kultur zu achten;
119. erneuert ihre Bemühungen, Kommunikationswege zwischen den Parlamenten zu öffnen und die neuen demokratischen Staaten durch Abhaltung von Seminaren, Wahlüberwachungsmissionen sowie Präsidenten- und Parlamentariermissionen zu unterstützen;
120. bestärkt den HKNM in seiner erfolgreichen Arbeit und seinem Beitrag im Bereich der Konfliktverhütung;
121. fordert die Staaten nachdrücklich auf, internationalen Verträgen und Übereinkommen beizutreten, die zur Umsetzung der menschlichen Dimension der OSZE beitragen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

122. in Kenntnis der wichtigen Rolle, die den Medien in demokratischen Staaten zukommt und die sie in der Wissens- und Informationsgesellschaft des einundzwanzigsten Jahrhunderts in zunehmendem Maße spielen werden,
123. im Bewußtsein der Tatsache, daß die Medien in allen öffentlichen Debatten eine wichtige Rolle spielen und ermutigt werden sollten, fair und ausgewogen zu berichten, insbesondere im Falle von Spannungen und sozialen Konflikten, daß die Tätigkeit der Medien jedoch in erster Linie als natürliches Ergebnis der freien Meinungsäußerung in einer freien Gesellschaft gesehen werden sollte,
124. in Anerkennung der Tatsache, daß die Objektivität der Medien für die Stellung nationaler Minderheiten in der Gesellschaft besonders wichtig ist und daß Vorurteilen und falschen Behauptungen nur durch ausgewogene Berichterstattung über Ereignisse und Sachverhalte begegnet werden kann,
125. in Betonung der Tatsache, daß eine objektive und freie Presse bei der Lösung bestehender ethnischer Konflikte eine entscheidende Rolle spielen könnte und daß die freie Verbreitung von Informationen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in den Konfliktzonen keiner Beschränkung unterliegen sollte,

126. in der Erkenntnis, daß Satellitenfernsehen, Internet, neue Informationstechnologien und internationale Presseberichterstattung ihrem Wesen nach grenzüberschreitend sind und es daher immer notwendiger wird, daß sich die Medien der kulturellen Vielfalt besonders annehmen,
127. im Bewußtsein der Tatsache, daß in den meisten OSZE-Staaten die Medien staatlichen Vorschriften und Gesetzen unterworfen sind und daß es nicht immer leicht ist, zwischen berechtigten Anliegen im Interesse der Gesellschaft und anderen zu unterscheiden, die kritisch zu prüfen wären,
128. in Anerkennung der Tatsache, daß die Konzentration der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich Pluralismus, Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten gefährdet,
129. in dem Bewußtsein, daß undurchschaubare Eigentümerstrukturen im Medienbereich eine ernstzunehmende Gefahr für Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen,
130. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Medienpolitik für die Regierungen vieler Staaten eine sensible Frage ist und daß die Massenmedien in einigen Staaten noch unter den Nachwirkungen des Staatsmonopols und der staatlichen Kontrolle stehen können,
131. in der Erkenntnis, daß das Abgehen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen zugunsten eines kommerzielleren Systems die Gefahr einer Medienkonzentration in sich birgt,
132. in Anerkennung der Tatsache, daß die redaktionelle Unabhängigkeit in Medienunternehmen wesentlich zu einer demokratischen Gesellschaft beiträgt,
133. in Verurteilung aller Staaten, die gegen Journalisten, Redakteure und Herausgeber wegen Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung in ihrer journalistischen Tätigkeit mit Übergriffen - bis hin zu Mord, Körperverletzung, Verhaftung und Geiselnahme - sowie strafrechtlicher Verfolgung und Freiheitsentzug vorgehen oder dies zulassen,
134. besorgt über die Tendenz, durch Zuhilfenahme rechtlicher Bestimmungen Zensur auszuüben, etwa durch Gesetze zur Wahrung des Anstands, die im Interesse der Bürger sein sollen, und
135. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Nachrichtenagenturen in hohem Maße zu einer demokratischen Gesellschaft beitragen können,
136. fordert die Regierungen nachdrücklich auf, für einen geeigneten Zugang zu öffentlichen Informationen zu sorgen und dieses Recht auch gesetzlich zu schützen, etwa nach Art eines *Freedom of Information Act* (Gesetz zur Wahrung des Rechts auf

Information), um einer Vielfalt unabhängiger Kommunikationsorganisationen den Weg zu ebnen;

137. unterstreicht die Bedeutung unabhängiger und pluralistischer Medien für eine freie, offene und multikulturelle Gesellschaft und insbesondere die dringende Notwendigkeit, das staatliche Medienmonopol in der Bundesrepublik Jugoslawien durch einen demokratischen und pluralistischen Zugang zu den staatlichen Medien zu ersetzen;
138. betont, daß es absolut notwendig ist, politischen Gruppierungen und Kandidaten im Wahlkampf ausreichenden Zugang zu den Medien, insbesondere den staatlich kontrollierten, zu gewähren;
139. macht darauf aufmerksam, daß die Medien im Falle von Spannungen und sozialen Konflikten entscheidend zur Stabilisierung der Lage beitragen können;
140. ist sich der Tatsache bewußt, daß es die Erhaltung einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft erfordert, der Redefreiheit und freien Meinungsäußerung für die Medien und für die Gesellschaft als Ganzes den größtmöglichen Spielraum zu geben. Gesetze, die die Herabwürdigung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder die Herabwürdigung des Staates, staatlicher Organe oder öffentlicher Amtsträger in Ausübung ihrer Funktion unter Strafe stellen, ersticken die Redefreiheit, untergraben die Demokratie und sollten dort, wo es sie gibt, außer Kraft gesetzt werden;
141. nimmt Kenntnis von der wichtigen Rolle der Medien bei der Bekämpfung der verschiedenen Formen von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, die nach wie vor eine Geißel der modernen Gesellschaft sind und die Stabilität im OSZE-Raum bedrohen;
142. bekräftigt, daß eine wahrheitsgetreue und unparteiische Medienberichterstattung von besonderer Bedeutung ist für die Umsetzung von Wertvorstellungen der OSZE, wie etwa der stabilen demokratischen Entwicklung der einzelnen Länder und der Festigung von freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen ihnen;
143. fordert die Regierungen auf, nur dann regulierend einzugreifen, wenn es um die Förderung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens geht, von einer Einschränkung der Medien Abstand zu nehmen und zu gewährleisten, daß etwaige Einschränkungen mit ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte vereinbar sind;
144. appelliert an alle Medieninstitutionen, die redaktionelle Unabhängigkeit innerhalb der Organisation zu garantieren und ihre Berichterstatter von wirtschaftlicher und politischer Einflußnahme zu befreien;
145. fordert Vorschriften zum Schutz gegen politische Begünstigung bei der Privatisierung von Rundfunk- und Fernsehanstalten und bei der Zuteilung von Frequenzen an private Sender oder Rundfunkgesellschaften;

146. empfiehlt, der Definition von Begriffen wie „Staatssicherheit“, „Staatsgeheimnis“, „Pornographie“ und allen anderen Gründen, die zur Beschneidung der Medienfreiheit herangezogen werden, besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um eine verdeckte Zensur zu verhindern;
147. legt den Regierungen dringend nahe, auf gesetzlichem Wege in angemessener Weise den Schutz des berufsbedingten Rechts auf Geheimhaltung der Informationsquellen sowie durch eine Gewissensklausel die Achtung der Rechte von Berufsjournalisten zu regeln;
148. fordert alle Regierungen auf, für eine rasche und wirksame Ermittlung bei Übergriffen und Verbrechen gegen Journalisten zu sorgen;
149. legt den Regierungen und den Parlamenten nahe, die bestehenden Gesetzesinstrumente zur Verhinderung der Medienkonzentrationen, wie etwa kartellrechtliche Maßnahmen, neu zu regeln;
150. fordert die Regierungen und die Parlamente der in Entwicklung befindlichen Demokratien auf, entsprechende Gesetze zu verabschieden, die eine Offenlegung der Akten aller Bürger, auch der Journalisten und der Leiter von Medieneinrichtungen, aus der Zeit des Totalitarismus ermöglichen und die darin enthaltenen Informationen zugänglich machen;
151. legt den Regierungen dringend nahe, sich für gesetzliche Regeln auszusprechen, die für durchschaubare Eigentumsverhältnisse im Medienbereich sorgen;
152. stellt fest, daß Rundfunkprogramme oft von wirtschaftlichen Interessen bestimmt sind, was zur Auflösung der alten Rundfunkordnung und zu einer weitgehend homogenen Fernsehindustrie führt;
153. appelliert an alle OSZE-Staaten, sich der wachsenden Tendenz zur regulierenden Einflußnahme auf neue Kommunikationsmedien zu widersetzen, wobei jedoch eine Lösung vorzusehen wäre, die ein ausgewogenes Verhältnis sicherstellt, einerseits zwischen dem Schutz privater e-mail und privater Dateien durch Verschlüsselung (Recht auf Privatsphäre) und andererseits dem legitimen Recht der Gesellschaft auf Zugriff zu diesen verschlüsselten Informationen bei bestimmten schwerwiegenden strafbaren Tatbeständen;
154. fordert eine internationale Debatte über Ethik im Internet, ähnlich jener, die von der UNESCO in Gang gesetzt wurde;
155. fordert alle Journalisten nachdrücklich auf, sich an ihre Berufsordnung zu halten und wahrheitsgetreu zu berichten, Falschmeldungen richtigzustellen, und Plagiate, üble Nachrede und Beleidigungen zu unterlassen;
156. appelliert an die Regierungen, mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um ihre Verpflichtungen in bezug auf die Medienfreiheit

abzuklären, unter anderem, indem nichtstaatlichen Organisationen und gewöhnlichen Bürgern der Zugang zu Rundfunk und Fernsehen und anderen elektronischen Medien erleichtert wird;

157. appelliert an den Ministerrat der OSZE, Medienfragen größeres Augenmerk zu widmen und Länder zu beanstanden, in denen die Medien behindert werden;
158. empfiehlt dem Ministerrat, institutionelle Verbesserungen für Medien innerhalb der OSZE zu evaluieren; und
159. unterstützt den Vorschlag im Lissabonner Dokument der OSZE von 1996, einen OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit einzusetzen (im Einklang mit den von der Europäischen Union aufgestellten Richtlinien), der damit betraut werden soll, auch mit allen zuständigen OSZE-Institutionen, einschließlich der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, sowie mit anderen internationalen Organisationen, wie etwa dem Europarat, eng zusammenzuarbeiten.

KAPITEL IV

(SYSTEMATISCHE VERGEWALTIGUNG IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN)

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE,

160. unter Hinweis darauf, daß sich in der Geschichte zahlreiche Beispiele finden, in denen Vergewaltigung in bewaffneten Konflikten bewußt als Mittel der Kriegsführung eingesetzt wurde,
161. mit Bedauern darüber, daß im Zweiten Weltkrieg und in späteren bewaffneten Konflikten in aller Welt Vergewaltigung, auch in systematischer Form, eingesetzt wurde,
162. mit großer Besorgnis feststellend, daß zwischen 1992 und 1994 im ehemaligen Jugoslawien zehntausende Frauen einzeln oder in Gruppen und auch Männer vergewaltigt wurden,
163. unter Hinweis darauf, daß Vergewaltigung durch Soldaten in bewaffneten Konflikten nach den völkerrechtlichen Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention von 1949 und ihrer beiden Zusatzprotokolle von 1977 ein schweres Kriegsverbrechen ist,
164. in der Überzeugung, daß Vergewaltigung unter den beschriebenen Umständen ein Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht, ein Verstoß gegen die Menschenrechte und ein erster Schritt zur Verübung einer Handlung im Sinne von Völkermord ist,
165. mit Genugtuung über die sich durchsetzende Erkenntnis, daß der Einsatz von Vergewaltigung, auch in systematischer Form, als Mittel der Kriegsführung in bewaffneten Konflikten ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist,
166. unter Hinweis darauf, daß bei den Verfahren vor den internationalen Militärgerichtshöfen in Nürnberg und Tokio keine Anklage wegen Vergewaltigung erhoben wurde,
167. mit der Feststellung, daß Ermittlungen aufgrund von Anschuldigungen wegen Vergewaltigung erstmals anläßlich der Untersuchung der Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda angestellt wurden,
168. mit Bedauern darüber, daß Anklagen wegen Vergewaltigung vom Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien fallengelassen wurden, da die Opfer vor einer Aussage zurückschreckten,
169. mit aufrichtigem Mitgefühl für die Opfer von Vergewaltigung und sexuellem Mißbrauch sowie in dem Bewußtsein, welche verheerenden Folgen Vergewaltigung für die Opfer und ihre Familien hat,

170. in der Überzeugung, daß es trotz aller Gesetze und Übereinkommen gegen systematische Vergewaltigung weiterer Maßnahmen bedarf, um in Zukunft Gewalttaten zu verhindern,
171. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, Vergewaltigung durch Beteiligte eines bewaffneten Konflikts als eine Form der Folter im Sinne der Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Strafe anzuerkennen;
172. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, daß Folter in Form von Vergewaltigung durch Beteiligte eines bewaffneten Konflikts als Asylgrund gilt;
173. ersucht die OSZE und die Teilnehmerstaaten, dafür zu sorgen, daß Vergewaltigung als Kriegsverbrechen vor den Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag gebracht und vom Gerichtshof in derselben Weise wie andere schwere Kriegsverbrechen behandelt wird, wobei im Falle eines Schuldspruchs im Urteil des Gerichtshofs auf diese Verbrechen hingewiesen werden sollte, und fordert die Parteien des Übereinkommens von Dayton nachdrücklich auf, den Gerichtshof gemäß ihren Verpflichtungen aus jenem Übereinkommen in jeder Weise zu unterstützen;
174. ersucht die internationale Gemeinschaft, den Frauen und Männern Unterstützung und Schutz angedeihen zu lassen, die Opfer wurden und Zeugen in Kriegsverbrecherprozessen sind, in denen die Anklage auf Vergewaltigung lautet.

Entschließung
betr. den Konflikt in Abchasien, Georgien

1. unter Hervorhebung, wie wichtig es ist, daß sich die OSZE für eine friedliche politische Lösung des Konflikts in Abchasien, Georgien, einsetzt;
2. unter erneutem Hinweis darauf, daß eine Lösung des Konflikts herbeigeführt werden sollte in Übereinstimmung mit den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, wie in den Beschlüssen und Entschließungen der Gipfeltreffen der OSZE in Budapest und Lissabon, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der zuständigen Gremien der GUS vorgesehen, und im Rahmen der territorialen Integrität Georgiens, der Gewährleistung einer umfassenden Autonomie für Abchasien und der Ergreifung von Abhilfemaßnahmen in bezug auf die in Abchasien durchgeführte ethnische Säuberung, wie auf dem Gipfel der OSZE in Lissabon festgestellt;
3. unter Hervorhebung, daß jede Lösung vorrangig auf der Achtung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts aller Flüchtlinge und Vertriebenen, in Sicherheit zurückkehren zu können, basieren sollte, da eine solche Rückkehr ein entscheidendes Element für jede Verhandlungslösung sein sollte;
4. unterstützt den Gedanken der Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz über den Konflikt in Abchasien, Georgien, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und Beteiligung der OSZE, der Gruppe der „Freunde Georgiens“, der Konfliktparteien und unter Berücksichtigung der Rolle der Russischen Föderation als Vermittler;
5. unterstreicht, daß es dringend notwendig ist, Entscheidungen zur Ermöglichung der oben genannten Maßnahmen zu treffen angesichts der verzweifelten Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen infolge ausbleibender entscheidender Fortschritte bei der Lösung des Konfliktes und angesichts des Ablaufs des Mandats der GUS-Friedenstruppe am 31. Juli 1997.

Parlamentarische Versammlung der OSZE

Übersicht über die Funktionsträger (Stand nach der 6. Jahrestagung 1997)

Präsident:

Javier Rupérez (Spanien) (Mandat bis Juli 1998)

Vizepräsidenten:

András Bárony (Ungarn)	(Mandat bis Juli 1998)
Helle Degn (Dänemark)	(Mandat bis Juli 1998)
Steny Hoyer (USA)	(Mandat bis Juli 1998)
Dr. Kazys Bobelis (Litauen)	(Mandat bis Juli 1999)
Claude Estier (Frankreich)	(Mandat bis Juli 1999)
Bill Graham (Kanada)	(Mandat bis Juli 1999)
Irena Lipowicz (Polen)	(Mandat bis Juli 2000)
Gennady Seleznev (Rußland)	(Mandat bis Juli 2000)
Willy Wimmer (Deutschland)	(Mandat bis Juli 2000)

Schatzmeister:

Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich) (Mandat bis Juli 1999)

emeritierter Präsident:

Frank Swaelen (Belgien) (Mandat bis Juli 1998)

Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Vorsitzender:

Bruce George (Vereinigtes Königreich)

Stellvertretender Vorsitzender:

Kimmo Kiljunen (Finnland)

Berichterstatter:

Alcee Hastings (USA)

Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Vorsitzender:

Jacques Floch (Frankreich)

Stellvertretende Vorsitzende:

Helena Nilsson (Schweden)

Berichterstatterin:

Tana de Zulueta (Italien)

Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Vorsitzender:

Freimut Duve (Deutschland)

Stellvertretende Vorsitzende:

Dorota Simonides (Polen)

Berichterstatterin:

Guikje Roethof (Niederlande)